

2018



# Mehrwert schaffen



## Investitionsführer Großbritannien

Rahmenbedingungen für Investitionen

## Mehrwert schaffen

---

*„Sämtliche Dienstleistungen sollen für unsere Mandanten stets einen klaren Mehrwert schaffen; das ist unser Anspruch – sei es durch rechtliche Beratung, steuerliche Prüfung oder bei der Klärung betriebswirtschaftlicher Fragen.“*

*Rödl & Partner*

*„Die Summe der Leistungen jedes Einzelnen schafft den Mehrwert für die ganze Gruppe: den gemeinsamen Erfolg im Team.“*

*Castellers de Barcelona*



# Investitionsführer Großbritannien

Rahmenbedingungen für Investitionen



# Inhalt

---

<b>Unser Profil</b>	<b>8</b>
<b>Unsere Dienstleistungen</b>	<b>10</b>
<b>Großbritannien in Zahlen</b>	<b>12</b>
<b>Übersicht</b>	<b>13</b>
<b>Geografie</b>	<b>13</b>
<b>Recht</b>	<b>13</b>
<b>Zahl der deutschen Unternehmen vor Ort</b>	<b>14</b>
<b>Rang unter Zielländern deutscher Direktinvestitionen</b>	<b>14</b>
<b>Ease of Doing Business Index</b>	<b>14</b>
<b>Corruption Perceptions Index</b>	<b>15</b>
<b>OECD Better Life Index</b>	<b>15</b>
<b>Direktflüge von Deutschland pro Woche</b>	<b>15</b>
<b>Umfeld der Geschäftstätigkeit</b>	<b>15</b>
<b>Unternehmensgründung</b>	<b>17</b>
<b>Wichtige Rechtsformen</b>	<b>17</b>
<b>Dauer der Gründung in Tagen</b>	<b>22</b>
<b>Ausländer als Organe</b>	<b>22</b>
<b>Steuerliche Registrierung</b>	<b>23</b>
<b>Andere erforderliche Maßnahmen vor Geschäftsaufnahme</b>	<b>24</b>
<b>Finanzierung</b>	<b>25</b>
<b>Bankwesen</b>	<b>25</b>
<b>Kapitalerhaltungsvorschriften</b>	<b>26</b>
<b>Darlehenszinsen im Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)</b>	<b>27</b>

<b>Immobilien</b>	<b>28</b>
Immobilienrecht	28
Erwerb von Betriebsgrundstücken und Gebäuden	29
Anschlussverträge, Strom, usw.	30
Gewerbemietverträge	30
<b>Investitionsschutz</b>	<b>32</b>
Investitionsschutzabkommen	32
Währungsrisiken	32
Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	32
<b>Personal</b>	<b>33</b>
Grundlagen	33
Befristung	34
Vertragsklauseln	34
Gesetzlicher Mindestlohn	36
Sozialversicherung	36
Einsatz ausländischer Mitarbeiter	37
Urlaub, Lohnfortzahlung, Mutterschutz	37
Beendigung des Arbeitsverhältnisses	40
Arbeitsgerichtsverfahren	44
Kollektivarbeitsrecht	44
Unterschiede lokaler Rechnungslegung zur Rechnungslegung nach HGB	45
Grundlegende Rechnungslegungskonzepte in Großbritannien	45
Offenlegung und Prüfungspflicht	47
<b>Steuern</b>	<b>49</b>
Grundlagen	49
Termine	49
Ertragsteuern	50
Verkehrssteuern	55
DBA-Grundlagen	56
Dividenden	56
Betriebsstätten	57
Finanzverwaltung	57

<b>Kunden, Lieferanten, Partner</b>	<b>58</b>
<b>Grundlagen des Vertragsrechts</b>	<b>58</b>
<b>Forderungssicherung – security</b>	<b>64</b>
<b>Forderungsdurchsetzung – enforcement of security</b>	<b>69</b>
<b>Forderungsdurchsetzung in der Insolvenz</b>	<b>72</b>
<b>Partnerschaften und Joint Ventures</b>	<b>76</b>
<b>Öffentliche Ausschreibungen</b>	<b>77</b>
<b>Ihre Ansprechpartner</b>	<b>80</b>

## Unser Profil

---

Rödl & Partner ist als integrierte Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an 102 eigenen Standorten in 46 Ländern vertreten. Unseren dynamischen Erfolg in den Geschäftsfeldern Rechtsberatung, Steuerberatung, Steuerdeklaration und Business Process Outsourcing, Unternehmens- und IT-Beratung sowie Wirtschaftsprüfung verdanken wir circa 4.000 unternehmerisch denkenden Partnern und Mitarbeitern.

Die Geschichte von Rödl & Partner beginnt im Jahr 1977 mit der Gründung als Ein-Mann-Kanzlei in Nürnberg. Unser Ziel, unseren international tätigen Mandanten überall vor Ort zur Seite zu stehen, setzte die Gründung erster eigener Niederlassungen – beginnend – in Mittel- und Osteuropa (ab 1989) voraus. Dem Markteintritt in Asien (ab 1994) folgte die Erschließung wichtiger Standorte in West- und Nordeuropa (ab 1998), in den USA (ab 2000), in Südamerika (ab 2005) und Afrika (ab 2008).

Unser Erfolg basiert seit jeher auf dem Erfolg unserer deutschen Mandanten: Rödl & Partner ist immer dort vor Ort, wo Mandanten Potenzial für ihr wirtschaftliches Engagement sehen. Statt auf Netzwerke oder Franchise-Systeme setzen wir auf eigene Niederlassungen und die enge, fach- und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im unmittelbaren Kollegenkreis. So steht Rödl & Partner für internationale Expertise aus einer Hand.

Unser Selbstverständnis ist geprägt von Unternehmergeist – diesen teilen wir mit vielen, vor allem aber mit deutschen Familienunternehmen. Sie legen Wert auf persönliche Dienstleistungen und haben gerne einen Berater auf Augenhöhe an ihrer Seite.



Unverwechselbar macht uns unser „Kümmerer-Prinzip“. Unsere Mandanten haben einen festen Ansprechpartner. Er sorgt dafür, dass das komplette Leistungsangebot von Rödl & Partner für den Mandanten optimal eingesetzt werden kann. Der „Kümmerer“ steht permanent zur Verfügung; er erkennt bei den Mandanten den Beratungsbedarf und identifiziert die zu klärenden Punkte. Selbstverständlich fungiert er auch in kritischen Situationen als Hauptansprechpartner.

Wir unterscheiden uns auch durch unsere Unternehmensphilosophie und unsere Art der Mandantenbetreuung, die auf Vertrauen basiert und langfristig ausgerichtet ist. Wir setzen auf renommierte Spezialisten, die interdisziplinär denken, denn die Bedürfnisse und Projekte unserer Mandanten lassen sich nicht in einzelne Fachdisziplinen aufbrechen. Unser Ansatz basiert auf den Kompetenzen in den einzelnen Geschäftsfeldern und verbindet diese nahtlos in fachübergreifenden Teams.

## Einzigartige Kombination

Rödl & Partner ist kein Nebeneinander von Rechtsanwälten, Steuerberatern, Buchhaltern, Unternehmensberatern und Wirtschaftsprüfern. Wir arbeiten über alle Geschäftsfelder hinweg eng verzahnt zusammen. Wir denken vom Markt her, vom Kunden her und besetzen die Projektteams so, dass sie erfolgreich sind und die Ziele der Mandanten erreichen.

Unsere Interdisziplinarität ist nicht einzigartig, ebenso wenig unsere Internationalität oder die besondere, starke Präsenz bei deutschen Familienunternehmen. Es ist die Kombination: Ein Unternehmen, das konsequent auf die umfassende und weltweite Beratung deutscher Unternehmen ausgerichtet ist, finden Sie kein zweites Mal.

## Unsere Dienstleistungen

---

In unserer Niederlassung in Birmingham erbringen wir folgende deutschsprachigen Beratungsleistungen:

### Wirtschaftsprüfung und Buchhaltung

- › Prüfung oder Erstellung von Jahresabschlüssen nach HGB, IAS/IFRS oder nach UK-GAAP
- › Prüfung und Erstellung von Zwischenabschlüssen

### Rechtsberatung

- › Handelsrechtliche Vertretung vor staatlichen Gerichten
- › Vertragserstellung und -prüfung
- › Unterstützung bei (Re-) Strukturierungen
- › Mergers & Acquisitions
- › Rechtliche Due Diligence
- › Arbeitsrechtliche Beratung
- › Immobilienrecht
- › Gesellschaftsgründung, Gesellschaftsrecht allgemein
- › Corporate Governance/Compliance-Analysen
- › Vertretung vor nationalen und internationalen Schiedsgerichten
- › Company Secretarial Services

## Steuerberatung

- › Nationale und internationale Steuerstrukturplanung
- › Beratung bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten und der optimalen Gestaltung von Transferpreis-Regelungen
- › Steuerliche Due Diligence
- › Expatriate-Beratung
- › Compliance-Analysen
- › Vertretung bei steuerlichen Auseinandersetzungen vor dem HMRC

## Business Process Outsourcing

- › Buchführung und Finanzbuchhaltung
- › Lohnbuchhaltung
- › Reporting, Controlling, Rechnungswesen
- › Vorbereitung von Jahresabschlüssen
- › Cash Management
- › Working Capital Management
- › Vorbereitung von Steuererklärungen

# Großbritannien in Zahlen

**1. Rang**  
in der Kategorie  
Zugang zu  
Darlehen

**7. Rang**  
im „Ease of  
Doing Business“  
Index



**3.** Rang bei ausländischen  
Direktinvestitionen welt-  
weit

Großbritannien noch vor den USA,  
Frankreich und Deutschland



**10.** Rang im „Quality of Life“  
Index der OECD



**17.** Rang im Transparency  
Index

Deutschland auf Platz 13

**14. Rang**  
in der Kategorie  
grenzüberschrei-  
tender Handel

**19. Rang**  
weltweit bei der  
Einfachheit der  
Unternehmens-  
gründung

knapp  
**1000** Direkt-  
flüge von Deutsch-  
land pro Woche



**5.000** deutsche Unterneh-  
men sind in Großbritannien  
engagiert, davon rund



**2.500** mit nennenswerten  
Produktions- und Vertriebsge-  
sellschaften.

## Übersicht

---

### Geografie

Großbritannien setzt sich aus England, Schottland und Wales zusammen und ist als Teil von Nordeuropa die größte Insel Europas. Die Geschäftstätigkeit ist geprägt durch internationalen Handel mit London als Hauptfinanzzentrum. Auch die guten Transportmöglichkeiten und Kommunikationsnetzwerke machen Großbritannien zu einem attraktiven Standort.

Das Vereinigte Königreich umfasst Großbritannien und Nordirland. Die Kronbesitztümer der Isle of Man und der Kanalinseln sind der britischen Krone unterstellt. Diese sind jedoch als selbstständige Länder nicht Bestandteil des Vereinigten Königreichs. Nach Schätzungen des Office for National Statistic in 2010 liegt die Bevölkerungszahl im Vereinigten Königreich bei 62.262.000. Die Insel ist bekannt für ihre multikulturelle Gemeinschaft.

### Recht

Das britische Rechtssystem ist landesabhängig. Demnach gilt schottisches Recht in Schottland und englisches Recht in England und Wales. Im Gegensatz zu Deutschland gibt es keine normierte Verfassung. Die Gesetze setzen sich aus Statute Law, Case Law und Common Law zusammen. Alle Unternehmen in Großbritannien müssen sich den gesetzlichen Gegebenheiten des jeweiligen Landes anpassen. Als Mitglieder der Europäischen Union sind die jeweiligen Länder Großbritanniens der Anpassung der nationalen Gesetze an europäisches Recht und dessen Durchsetzung verpflichtet.

Obwohl Großbritannien Teil der EU ist, ist die Währung weiterhin das Pound Sterling (£). Zinsraten werden vom Monetary Policy Committee der Bank of England festgelegt.

## Zahl der deutschen Unternehmen vor Ort

Derzeit sind ca. 2.500 deutsche Unternehmen in Großbritannien angesiedelt. Davon befinden sich allein 350 in der Region West Midlands, zu der auch Birmingham gehört. Birmingham ist mit ca. 3,68 Millionen Einwohnern nach London die zweitgrößte Stadt Englands.

## Rang unter Zielländern deutscher Direktinvestitionen

Die deutschen Direktinvestitionen in Großbritannien 2008-2010 (inkl. Reinvestitionen) betragen rund EUR 10,176 Mrd.

Großbritannien belegt Platz 3 der Direktinvestitionen vom Ausland mit Investitionen in Höhe von ca. USD 1.675.000.000.000 in 2012. Platz 1 und 2 werden von den USA und Frankreich belegt. Deutschland folgt Großbritannien auf Platz 4 der Rangliste.

## Ease of Doing Business Index

Das Vereinigte Königreich steht auf Platz 7 des Ease of Doing Business 2012 Rankings, welches mit 184 Wirtschaftsländern verglichen wurde. Im Wirtschaftsvergleich fällt das Vereinigte Königreich in die „high income“ (hohes Einkommen) Kategorie.

Platz 19 wird in der Kategorie Unternehmensgründung und Platz 1 in der Kategorie „Getting Credit“ (Erhaltung von Darlehen) belegt. Weiterhin belegt das Vereinigte Königreich in der Kategorie „Trading Across Boarder“ (grenzüberschreitender Handel) Platz 14.

## Corruption Perceptions Index

Der Corruption Perceptions Index oder auch Korruptionswahrnehmungsindex wird seit 1995 von Transparency International, einer nichtstaatlichen Organisation, weltweit festgelegt. Der Index spiegelt die Wahrnehmung von Korruption von Amtsträgern und Politikern im jeweiligen Land wieder. Er setzt sich aus verschiede-

nen Umfragen und Untersuchungen, welche von den diversen unabhängigen Institutionen durchgeführt werden, zusammen. Im Ranking 2012 belegt Großbritannien Platz 17. Deutschland liegt auf Rang 13.

## OECD Better Life Index

Das Vereinigte Königreich hat Platz 10 des Gesamtrankings des OECD Better Life Index erlangt. Im Durchschnitt erhält eine Person mehr Einkommen im Vergleich zum OECD Durchschnittseinkommen von USD 23.047 pro Jahr. Circa 70 % der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren gehen einer bezahlten Arbeitstätigkeit nach. Die Lebenserwartung im Vereinigten Königreich ist hoch. Die Lebenserwartung für Frauen liegt bei 83 Jahren und bei Männern bei 79 Jahren. Die Briten sind im Vergleich zum OECD Durchschnitt sehr zufrieden mit ihrem Leben.

## Direktflüge von Deutschland pro Woche

Es gibt zahlreiche Direktflüge nach Großbritannien pro Woche. Diese werden sowohl von traditionellen Fluggesellschaften als auch von Billigfluglinien angeboten.

Gute Anschlussmöglichkeiten existieren von allen großen Airports im Raum London, Birmingham, Manchester, Glasgow, sowie von weiteren Flughäfen.

## Umfeld der Geschäftstätigkeit

Großbritannien ist aufgrund der guten Transportmöglichkeiten im In- und Ausland ein guter Standort für Geschäftstätigkeiten. Der internationale Handel und die gesetzlichen Gegebenheiten ermöglichen einen schnellen Start bei der Aufnahme einer Geschäftstätigkeit vor Ort.





# Unternehmensgründung

---

## Wichtige Rechtsformen

In Großbritannien wird ebenso wie in Deutschland zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften unterschieden. Zu den Personengesellschaften zählt dabei die Partnership, die der deutschen OHG bzw. BGB-Gesellschaft ähnlich ist. Ferner existiert die Limited Partnership (LP) und die Limited Liability Partnership (LLP). Erstere kann mit der KG verglichen werden. Für letztere fehlt das deutsche Pendant.

### Personengesellschaften

#### › Limited Partnership

Die Limited Partnership setzt sich aus einem General Partner und den Limited Partners zusammen. Die Gesellschafteranzahl einer LP ist auf 20 beschränkt.

Die Gesellschaft muss mindestens einen General Partner haben. Es kann sich dabei um eine natürliche Person handeln. Möglich ist es aber auch, eine Personen- oder Kapitalgesellschaft des englischen oder deutschen Rechts als General Partner einzusetzen. Geschäftsführungs- und vertretungsbefugt ist grundsätzlich nur der General Partner. Er haftet für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft persönlich und unbeschränkt.

Die Limited Partner sind, wie die Bezeichnung bereits sagt, in ihrer Haftung beschränkt. Sie haften nur mit ihrer Einlage. Sie sind von der Geschäftsführung und der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Sollten sie diese dennoch übernehmen, werden sie als General Partner behandelt und haften demnach unbeschränkt.

Bezüglich der Wahl des Firmennamens der LP ist man grundsätzlich frei. Jedoch sind gewisse Grundsätze zu beachten. Um Verwechslungen auszuschließen, darf der Name mit keinem bereits existierenden Gesellschaftsnamen identisch sein. Es bestehen außerdem Einschränkungen bei strafbaren oder als anstößig empfundenen oder irreführenden Namen und solchen, die auf eine Verbindung mit

Regierungsstellen oder anderen öffentlichen Einrichtungen schließen lassen, sowie Namen, die bestimmte, juristisch besetzte Begriffe beinhalten wie Insurance oder Trust, die ferner der Genehmigung des Wirtschaftsministeriums bedürfen.

Zudem muss im Namen der Zusatz enthalten sein, dass es sich um eine Limited Partnership, LP, handelt.

Die Gesellschaft selbst zahlt keine Steuern, sie ist nicht Steuersubjekt. Besteuert wird das Einkommen der Gesellschafter. Die Gesellschaft ist daher für steuerliche Zwecke transparent. Der Gewinn wird auf Gesellschaftsebene ermittelt und dann den einzelnen Gesellschaftern anteilig zugerechnet.

#### › Limited Liability Partnership

Diese Gesellschaftsform ist ein Mischtyp aus Personen- und Kapitalgesellschaft. Sie besitzt eine eigene Rechtspersönlichkeit und ist von ihren Gesellschaftern unabhängig. Die Vorteile sind die eigene Rechtspersönlichkeit, die Besteuerung als Personengesellschaft und die organisatorische Flexibilität einer normalen Partnership, da auch hier die Regelungen über die Partnership Anwendung finden und eine Gründung damit sehr einfach ist.

Für die Gründung sind zwei oder mehr Gesellschafter nötig. Dabei können die Gesellschafter nicht nur natürliche Personen sein. Möglich ist es auch, eine Personen- oder Kapitalgesellschaft als Gesellschafter einzusetzen.

Die Gesellschafter verpflichten mit ihrem Handeln nur die LLP und nicht sich gegenseitig. Für Schulden und Verbindlichkeiten haftet daher zuerst nur die LLP selbst. Die Haftung aller Gesellschafter ist auf den Wert ihrer Einlage beschränkt.

Ein schriftlicher Vertrag zur Gründung ist nicht notwendig.

Im Unterschied zur LP hat die LLP am Ende eines jeden Geschäftsjahres einen Annual Return und die Handelsbilanz beim Companies House einzureichen. Der Pflicht zur Einreichung sollte pünktlich nachgekommen werden, da nach Versäumung der Frist automatisch Strafzahlungen fällig werden.

Betreffend der Namensgebung kann auf die Ausführungen zur LP Bezug genommen werden. Die Gesellschaft muss auch hier erkennen lassen, dass es sich um eine Limited Liability Partnership handelt und somit den entsprechenden Zusatz LLP enthalten.

Die LLP wird steuerlich wie eine normale Partnership behandelt und damit nicht den Kapitalgesellschaften gleichgestellt. Die LLP ist nicht körperschaftsteuerpflichtig.

## Kapitalgesellschaften

Bei den Kapitalgesellschaften unterscheidet man die Private Limited Company by Shares (Ltd.), vergleichbar der deutschen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, und die Public Limited Company (plc), vergleichbar der Aktiengesellschaft.

### › Private Limited Company by Shares

Die Gesellschaft benötigt einen Gesellschaftsvertrag (Articles of Association). Das Staatsekretariat hat eigens für die Private Limited Company by Shares eine Mustersatzung entworfen, soweit die Gesellschaft nicht eine eigene Satzung erstellen möchte.

Das Memorandum of Association, das früher Informationen über Firma, Geschäftsgegenstände, Sitz der Gesellschaft, Höhe des Stammkapitals, sowie Name und Anschrift der Gesellschafter enthielt, ist nicht mehr Bestandteil der Satzung.

Diese Informationen sind nun bereits in den Articles of Association enthalten. Im Memorandum of Association muss nur noch die Art der Gesellschaft klargestellt werden und dass die Gründer eine solche tatsächlich gründen wollen. Das Memorandum of Association muss daher weiter bei der Gründung mit eingereicht werden, dient aber nur noch formalen Zwecken.

Es ist möglich, eine Limited bereits mit nur einer natürlichen Person zu gründen, die dann zugleich der Geschäftsführer (Director) der Private Limited Company ist. Dies ist vergleichbar mit der 1-Mann-GmbH in Deutschland.

Gewöhnlich sehen die Articles of Association mehr als nur einen Geschäftsführer vor. Mindestens einer der Geschäftsführer muss eine natürliche Person über 16 Jahre sein. Es ist nicht notwendig, dass es sich dabei um einen englischen Staatsangehörigen handelt. Ferner darf der Geschäftsführer nicht aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung von einer solchen Tätigkeit disqualifiziert sein.

Die Bestellung eines Company Secretary fiel durch die Neuerung des Companies Act 2006 weg, kann aber weiterhin auf freiwilliger Basis im Gesellschaftsvertrag geregelt werden. Der Company Secretary ist der Schriftführer der Gesellschaft, welcher für die Einhaltung der wichtigsten gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen durch die Gesellschaft sorgt.

Eine Limited kann bereits mit 1 britischen Pfund (im Folgenden: Pfund) gegründet werden. Das Kapital kann in jeder Währung, d. h. auch in Euro, festgelegt werden und auch aus unterschiedlichen Währungen zusammengesetzt sein. Die Einlage kann sowohl in bar als auch in Form von Waren- oder Dienstleistung erfolgen.

Bezüglich des Namens kann auf die Ausführungen zur LP/LLP Bezug genommen werden. Ferner ist Voraussetzung, dass der Name der Gesellschaft mit dem Wort „Limited“ oder der Abkürzung „Ltd.“ endet, es sei denn, dass eine spezielle Ausnahmeerlaubnis erteilt wurde, was allerdings nur für nicht kommerzielle Gesellschaftszwecke in Betracht kommt.

Die Gesellschaft muss zum Empfang von offiziellen Dokumenten und Korrespondenz über eine offizielle Anschrift in Großbritannien verfügen. Diese Adresse braucht jedoch nicht mit der Hauptverwaltung identisch zu sein. Bevorzugt werden daher die Adressen der jeweiligen Rechtsanwälte oder Wirtschaftsprüfer verwendet. Im Registered Office müssen die Unterlagen über die Gesellschaft, wie beispielsweise Bilanzen, Abschlüsse und Informationen über die Directors zur Einsichtnahme bereitgehalten werden.

Der Beginn des Geschäftsjahres ist frei wählbar, dauert grundsätzlich zwölf Monate und ist dem Companies House mitzuteilen. Falls nichts anderes festgelegt ist, beginnt das Geschäftsjahr mit der Gründung der Gesellschaft und endet mit dem letzten Tag des Monats, in welchen der Jahrestag der Gründung fällt.

Am Ende eines jeden Geschäftsjahres sind der Annual Return und die Handelsbilanz beim Companies House einzureichen. Der Pflicht zur Einreichung sollte pünktlich nachgekommen werden, da nach Versäumung der Frist automatisch Strafzahlungen fällig werden. Wird der Pflicht zur Einreichung auf längere Zeit nicht nachgekommen, kann die Gesellschaft aus dem Handelsregister gelöscht werden und gilt damit als nicht mehr existent.

Die Private Limited unterliegt der Körperschaftsteuer (Corporation Tax). Ab dem 6. April 2014 beträgt die Körperschaftssteuer 21 %. Ab dem Steuerjahr 2015/2016 ist eine weitere Senkung auf 20 % geplant. Eine Ausnahme gibt es dabei für kleine Unternehmen, deren Profit nicht mehr als 300.000 Pfund im Jahr beträgt. Diese zahlen momentan 20 %.

## › Public Limited Company

Die Public Limited Company (plc) ist eine Kapitalgesellschaft, deren Anteile von der Öffentlichkeit erworben werden können und die über ein Mindeststammkapital von 50.000 Pfund verfügt. Das Stammkapital muss dabei in Pfund oder in Euro bezeichnet werden, darf sich aber nicht aus den beiden Währungen gemeinsam zusammensetzen. Vom Stammkapital muss bei Gründung 1/4 eingezahlt sein, dies entspricht 12.500 Pfund.

Die plc kann an der Börse notiert sein. Jedoch ist dies keine zwingende Voraussetzung. Die plc muss mindestens zwei Geschäftsführer haben. Diese können dann auch gleichzeitig die Gesellschafter der plc sein. Voraussetzung ist, dass mindestens ein Director eine natürliche Person über 16 ist. Sollten die Directors keine Gesellschafter sein, muss die plc mindestens einen weiteren Anteilseigner haben, um wirksam gegründet werden zu können. Der Company Secretary ist zu bestellen.

Die Gesellschafter haften grundsätzlich nur mit ihrer Einlage. Die Haftung der Gesellschaft selbst ist auf das Stammkapital beschränkt.

Die plc muss, wie die Limited, ein registered office haben. Bezüglich der Namensgebung kann auf die obigen Ausführungen verwiesen werden. Zu beachten ist auch hier, dass die Firma mit den Worten „public limited company“ oder der Kurzform „plc“ enden muss.

## Dauer der Gründung in Tagen

### Personengesellschaften

Mit der Registrierung beim Companies House gilt die Limited Partnership und die Limited Liability Partnership als gegründet und damit als rechtsfähig. Die Eintragsgebühr ist sehr niedrig und beträgt momentan bei elektronischer Registrierung nur 14 bis 20 Pfund. Die Eintragung erfolgt dann innerhalb weniger Tage. Gegen einen entsprechenden Aufpreis sind zudem auch Expressgründungen innerhalb von 24 Stunden möglich. Die Gebühr beträgt dann 30 bis 100 Pfund.

Als Nachweis für die Eintragung wird vom Handelsregister das Certificate of Registration ausgestellt.

### Kapitalgesellschaften

Mit Eintragung beim Companies House gelten die Private Limited Company und auch die plc als gegründet und damit als rechtsfähig. Die Eintragsgebühr beträgt bei elektronischer Registrierung nur 15 Pfund für die Limited und 25 Pfund für die plc. Gegen einen entsprechenden Aufpreis sind Expressgründungen innerhalb von 24 Stunden möglich. Anderenfalls dauert die Eintragung wenige Tage.

Als Nachweis für die Eintragung wird vom Handelsregister das Certificate of Incorporation ausgestellt. Eine vorherige notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages ist nicht notwendig.

## Ausländer als Organe

Organe der Gesellschaft können ohne weiteres ausländische natürliche und juristische Personen werden. Bei nicht EU-Bürgern ist jedoch zu beachten, dass diese unter Umständen eine Arbeitsgenehmigung brauchen und ihnen die Tätigkeit als Geschäftsführer nicht erlaubt ist.

Wissenswert ist, dass der Geschäftsführer bei Gesellschaften in Großbritannien keine wirkliche Organstellung besitzt, wie dies in Deutschland der Fall ist. Vielmehr

folgen seine Aufgaben nur aus dem Gesellschaftsvertrag. Er ist Beauftragter der Gesellschaft.

## Steuerliche Registrierung

Tochtergesellschaften in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und einer Betriebsstätte müssen in Großbritannien vor Aufnahme der Tätigkeit registriert werden. Eine Betriebsstätte an sich ist dabei keine eigenständige Gesellschaft, sondern lediglich eine Geschäftserweiterung, die dann in ihrer Tätigkeit den Rechtsvorschriften des anderen Landes unterliegt.

Die steuerliche Registrierung für Zwecke der Körperschaftsteuer muss innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit in Großbritannien erfolgen. Sollte dem nicht nachgekommen werden, können Strafen gegen das jeweilige Unternehmen verhängt werden.

Die Registrierung erfolgt dabei grundsätzlich so, dass das Finanzamt wenige Tage nach der Registrierung beim Companies House ein Formblatt (CT41G) an die Gesellschaft sendet. Dieses Formular muss dann innerhalb von drei Monaten ab Aufnahme der Geschäftstätigkeit ausgefüllt zurückgesendet werden.

Sollte die neue Gesellschaft die Tätigkeit noch nicht aufgenommen haben, muss dem Finanzamt innerhalb von drei Monaten mitgeteilt werden, dass es sich um eine ruhende Gesellschaft handelt und wann mit dem Beginn der Geschäftstätigkeit gerechnet werden kann. Eine Tochtergesellschaft, die der Körperschaftsteuer unterliegt, ist mit ihrem gesamten weltweiten Einkommen in Großbritannien steuerpflichtig. Betriebsstätten unterliegen nur mit dem Teil ihrer Einkünfte der englischen Körperschaftsteuer, die auch in Großbritannien erzielt wurden.

Sollten Tochtergesellschaften in Form einer LLP oder einer LP gegründet werden, müssen diese nicht für Zwecke der Körperschaftsteuer registriert werden. Diese Personengesellschaften sind für Zwecke der Steuer transparent. Es werden nur die dahinterstehenden Gesellschafter besteuert.

## Andere erforderliche Maßnahmen vor Geschäftsaufnahme

Für jede Gesellschaft ist ein Statutory Book zu führen. Darin werden alle Details der Gesellschaft niedergeschrieben und jeweils aktualisiert. Diese Bücher werden normalerweise am Ort des registered office aufbewahrt. Jedoch besteht dazu keine Pflicht. Sollten sie an einem anderen Ort als dem register office aufbewahrt werden, muss dies dem Companies House mitgeteilt werden.

Weitere Besonderheiten sind bei der Aufnahme der Geschäftstätigkeit nicht zu beachten.



# Finanzierung

---

## Bankwesen

In Großbritannien existiert eine Vielzahl von Banken. Diese lassen sich einteilen in Retail Banks, Commercial Banks, Investment Banks, Central Banks, Credit Unions und Online Banks.

### Retail Bank

Eine Retail Bank arbeitet mit Verbrauchern bzw. Privatkunden. Diese Art von Banken bietet den Kunden die grundlegenden Bankdienstleistungen wie Giro- und Sparkonten sowie Hypotheken und unbesicherte Kredite, wie Kreditkarten. Retail Banken sind somit die Banken, die man normalerweise in den Städten findet und die jeder kennt und für seine persönlichen Finanzen und das Girokonto verwendet.

### Commercial Banks

Commercial Banks verpflichten sich den Anliegen von großen und kleinen Unternehmen. Ihre Leistungen umfassen das Anbieten von Spar- und Girokonten, Darlehen für Immobilien- und Kapitalkäufe, Devisenkurse, Kreditrahmen, Akkreditive usw. Unternehmen haben spezielle Bedürfnisse, die Verbraucher in dieser Art und Weise nicht haben. Beispielsweise brauchen Unternehmen oft viel größere Geldsummen oder höhere Beträge bei Kreditkartenzahlungen.

Commercial Banks können zudem als Retail Banks fungieren.

### Investment Banks

Investment Banks helfen Organisationen, den Investitionsmarkt zu nutzen. Beispielsweise hilft diese Art von Banken den Gesellschaften durch das Verfahren, wenn sie Anleihen oder Aktien ausgeben wollen. Weiterhin stehen Investment Banks bei Unternehmenszusammenschlüssen und -käufen mit Rat zur Seite.

Diese Art von Banken arbeitet grundsätzlich nicht mit privaten Kunden, sondern hauptsächlich mit dem Anlagenmarkt. Es gibt jedoch auch hier Ausnahmen, dass Investment Banks zudem als Commercial oder Retail Banks tätig werden.

### **Central Bank**

Die Central Bank von Großbritannien ist die Bank of England. Diese ist zuständig für die Währungsstabilität, Geringhaltung der Inflationsrate, die Stabilität des Finanzsystems und die Sicherstellung der Fälschungssicherheit des Geldes.

### **Credit Unions**

Eine Credit Union ist eine gewinnteilende, demokratisch organisierte finanzielle Zusammenarbeit. Sie bietet simple Sparanlagen und Niedrigzinsdarlehen für ihre Mitglieder an. Die Mitglieder der Credit Union sind gleichzeitig die Eigentümer und führen zudem die Credit Union für sich selbst.

### **Online Banks**

Online Banks sind Banken, die ausschließlich im Internet genutzt werden. Sie gewähren eine größere Auswahl und Flexibilität. Online Banks bieten den Kunden unterschiedliche Arten von Konten. Auch der Transfer von Geld zwischen den Konten ist möglich. Zudem sind Dispokredite und die Gewährung anderer Kredite möglich. Mit den Konten wird grundsätzlich auch eine Debit Card ausgegeben, so dass auch in der Realität über das Geld verfügt werden kann.

## **Kapitalerhaltungsvorschriften**

Eine Regelung, wie sie mit den §§ 30, 31 GmbHG existiert, gibt es in Großbritannien nicht. Kapitalerhaltungsvorschriften sind im Companies Act 2006 geregelt. Die Änderung des Gesellschaftskapitals ist ab Section 617 festgelegt. Regelungen zu der Verringerung des Kapitals finden sich ab Section 641 und zum Erwerb eigener Anteile ab Section 658.

Zur Verringerung des Grundkapitals einer Private Limited ist es beispielsweise nötig, dass der Gesellschaftsvertrag (Articles) eine solche überhaupt zulässt. Des Weiteren ist es notwendig, dass die Private Limited ein Solvency Statement abgibt, dass sie momentan zahlungsfähig ist und voraussichtlich bleibt. Den genauen Inhalt bestimmt Section 643 des Companies Act. Des Weiteren kann eine Kapitalreduzierung durch eine Entscheidung des Gerichts sowohl für Private Limiteds als auch für Public Limiteds erreicht werden.

## **Darlehenszinsen im Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)**

Werden Darlehenszinsen gezahlt, hängt die Besteuerung von der Ansässigkeit der Unternehmen ab. Sollten sich die Unternehmen in unterschiedlichen europäischen Ländern befinden, dann werden die dem Nutzungsberechtigten zustehenden Zinsen in seinem Ansässigkeitsstaat versteuert.

# Immobilien

---

## Immobilienrecht

Es gibt in England und Wales zwei Systeme der Eigentumsübertragung. Diese wäre zum einen das „registered“ System und zum anderen das „unregistered“ System. Der Unterschied zwischen beiden Systemen liegt im Nachweis des Eigentums eines Verkaufsobjekts, den der Verkäufer dem Käufer erbringen muss.

Wenn ein nicht registriertes Objekt zum Verkauf angeboten wird, muss der Verkäufer sein Eigentum durch einen ungestörten Besitz über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren nachweisen.

Das registrierte System wurde eingeführt, um Betrug zu vermeiden und den Prozess des Immobilienkaufs und -verkaufs zu vereinfachen. Das registrierte System erfasst Transaktionen bzgl. Grundstücken im von der Land Registry geführten Register.

Pläne werden erstellt, um die genauen Abgrenzungen der Grundstücke nachzuweisen. Das Register beinhaltet beispielsweise auch Eintragungen bezüglich Wegerechten über ein benachbartes Grundstück und auch Hypotheken. Grundsätzlich wird bei einem Kauf das Register online nach Informationen zum Kaufobjekt.

Besonders zu beachten wäre bei einem Kauf einer Immobilie der Rechtsgrundsatz Caveat Emptor oder auch „Buyer beware“ (der Käufer sei wachsam). Danach sollte ein Käufer sicherstellen, dass die zum Verkauf angebotene Immobilie frei von Sach- und Rechtsmängeln ist. Demnach sollte ein Käufer Untersuchungen anstellen, die in der Regel ein Anwalt oder Immobilienmakler für den Käufer in der Vorvertragsstufe und nochmals vor der Erfüllung des Kaufvertrags (completion) ausführt.

Eine solche Untersuchung wäre beispielsweise ein Gebäudegutachten (structural survey), um Baumängel oder andere Mängel gleich am Anfang des Immobiliengeschäfts feststellen zu können. Ein Immobilienverkäufer in England und Wales ist nicht verpflichtet, Mängel am Eigentum oder andere Probleme offenzulegen. Dies gilt ebenfalls für Vermieter.

In England wird der Kaufvertrag „Transfer Deed“ genannt und sowohl von den Parteien als auch von Zeugen unterschrieben. Der Kaufvertrag wird dann zusammen mit anderen relevanten Dokumenten an die Land Registry geschickt und von dieser, wenn die Dokumente einwandfrei sind, im Register eingetragen.

Seit 6. April 2008 ist für den Erwerb und das Mieten von kommerziellen Gebäuden mit einer Nutzfläche von mindestens 500 qm, ein Energy Performance Certificate nötig. Dies gilt seit Oktober 2008 auch für andere Gebäude. Hierzu gibt es auch Ausnahmen wie z. B. für abrisssfähige Gebäude. Die Verantwortung, ein solches Certificate vorzulegen, liegt beim Verkäufer oder Vermieter.

## Erwerb von Betriebsgrundstücken und Gebäuden

Es gibt diverse Immobilienberater, die in der Region, in der sie tätig sind, langjährige Erfahrungen gesammelt haben. Die Kaufpreise sind natürlich abhängig von der Region, dem Immobilienmarkt und dem Kaufobjekt selbst. Der Erwerbsprozess zu dem oben angeführten kann, muss aber nicht, in zwei Phasen, nämlich der Phase des Austauschs (exchange) und der Phase der Erfüllung des Kaufvertrags (completion), ausgeführt werden.

### **Darunter ist folgendes zu verstehen:**

In der Phase des Austauschs der Kaufverträge (exchange) kommt ein verbindlicher Vertrag zwischen dem Käufer und Verkäufer zustande. Danach ist der Ausstieg aus dem Geschäft nicht mehr möglich, ohne einen Vertragsbruch zu begehen und sich diesbezüglich möglicherweise haftbar zu machen. Vor dem Eintritt in diese Phase ist es beiden Parteien möglich, aus dem Geschäft auszusteigen.

In der Phase der Erfüllung des Kaufvertrags (completion) führt der Käufer seine Untersuchungen noch einmal in Richtung des Kaufobjekts durch, um sicherzustellen, dass es keine Probleme bezüglich des Eigentums gibt. Die Erfüllung des Kaufvertrags findet durch die Zahlung und den Austausch der Kaufverträge (deeds) statt. Üblicherweise verlangt ein Verkäufer vom Käufer vor dieser Phase die Einzahlung von 10 Prozent des Kaufpreises als Kautions auf ein Mandantenkonto, welches von seinem Rechtsanwalt verwaltet wird. Auch gibt es nach dieser Phase weitere Schritte zu unternehmen, um den Kauf der Immobilie abzuschließen.

Ein solcher Schritt ist z. B. die Zahlung von Stamp Duty Land Tax (SDLT = Stempel und Grunderwerbsteuer), welche auf den Kauf von Grundstücken und Immobilien anfällt. Der Betrag bzw. der Prozentsatz des SDLT wird von HMRC (HM Revenue & Customs) festgesetzt und ist abhängig vom Kaufpreis. Besonders wichtig ist es, sowohl diese Summe als auch andere Gebühren vor dem Kauf zu recherchieren, um den endgültigen Kaufpreis zu errechnen.

Oftmals wird die Nutzung eines Gebäudes nicht bedacht. Auch in England und Wales muss man Genehmigungen einholen, um Gebäude für gewisse kommerzielle Zwecke nutzen zu können. Das gleiche gilt natürlich auch, wenn ein Umbau eines Gebäudes oder ein Neubau auf einem Grundstück beabsichtigt ist.

### **Anschlussverträge, Strom, usw.**

Anschlussverträge wie z. B. Strom, Gas, Wasser müssen normalerweise bei einem Immobilienkauf vom Käufer selbst abgeschlossen werden. Es gibt diverse Anbieter und ein Preisvergleich ist zu empfehlen.

Bei einem Mietvertrag ist es meist abhängig vom Vermieter oder der Abmachung zwischen dem Mieter und Vermieter, ob Gas, Wasser oder Strom im Mietpreis inbegriffen sind. Es ist normalerweise Aufgabe des Mieters, Anschlussverträge abzuschließen.

### **Gewerbemietverträge**

Es ist für Unternehmen in Großbritannien üblich, ihre Büroräume zu mieten. Ein Grund dafür ist die Flexibilität, die Mietverträge (leases) bieten. So ist z. B. ein Umzug in ein größeres bzw. kleineres Gebäude möglich. Ein Mietvertrag, der von kurzer Mietdauer (short term lease) ist, wäre hierfür geeignet. Ein Kauf wäre eine Investition, welche die meisten Unternehmen versuchen zu vermeiden. Die Miete, welche zu zahlen wäre, wird meist jährlich angepasst. Dies hängt auch von der Vereinbarung, welche im Mietvertrag diesbezüglich getroffen wurde, ab. Natürlich gibt es auch Mietverträge, die eine Vertragsdauer von fünf bis 15 Jahren vorsehen (long term leases). Auch in einer Mietsituation sollte der potentielle Mieter seine Untersuchungen bezüglich Eigentum (title to property) durchführen. Die Ver-

handlungen zwischen einem potentiellen Vermieter und Mieter sind grundsätzlich detaillierter.

Abhängig vom Mietvertrag selbst und den Verpflichtungen, die darin erhalten sind, kann ein Gewerbemietvertrag auch an eine Drittperson übertragen werden (assignment of a lease). Die Drittperson tritt damit in die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag ein. Der Mietvertrag kann dabei aber nicht neu verhandelt werden und die Drittperson übernimmt diesen so, wie er zwischen den Parteien besteht.

# Investitionsschutz

---

## Investitionsschutzabkommen

Investitionsschutzabkommen sollen private Anleger und Gesellschaften bei Direktinvestitionen in andere Länder schützen. Großbritannien hat zahlreiche Investitionsschutzabkommen mit anderen Ländern abgeschlossen, die sogenannten Investment Promotion and Protection Agreements (IPPA), abrufbar unter [www.fco.gov.uk](http://www.fco.gov.uk).

## Währungsrisiken

Großbritannien hat nach wie vor das Pfund Sterling. Da Großbritannien Mitglied der Europäischen Union ist, könnte es auch jederzeit den Euro einführen. Dies wird aber nach wie vor von der Regierung und der Bevölkerung abgelehnt. Das Pfund steht an vierter Stelle der meist gehandelten Währungen der Welt nach dem US-Dollar, dem Euro und dem japanischen Yen. Als Reservewährung nimmt das Pfund den weltweit dritten Rang ein. Momentan steht der Kurs für 1 Pfund zwischen 1,20 - 1,25 Euro. Nachdem das Pfund in den Jahren 2007 und 2008 ein hohes Minus aufzuweisen hatte, steigt es seit diesen Jahren wieder stetig an. Es handelt sich daher um eine stabile Währung. Dennoch ist bei Investitionen auf dem Finanzmarkt in Großbritannien immer das Währungsrisiko zu beachten. Dies resultiert daraus, dass es keinen festen sondern einen flexiblen Wechselkurs gibt und im Kaufvertrag beispielsweise normiert wird, dass in Pfund zu zahlen ist. Daher kann es später zu geringeren Euroerlösen kommen, als ursprünglich berechnet. Um dieses Währungsrisiko einzudämmen, existiert beispielsweise die Möglichkeit eines Währungskredites.

## Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)

Großbritannien hat eine Vielzahl von DBA mit anderen Staaten abgeschlossen. Diese sind abrufbar unter <http://www.hmrc.gov.uk/taxtreaties/index.htm>. Investitionsschutzvorschriften sind in den Abkommen mit europäischen Ländern nicht enthalten.



## Personal

---

### Grundlagen

Das Arbeitsrecht in Großbritannien ist dem Deutschen Arbeitsrecht ähnlich. Jedoch bestehen auch hier landesspezifische Unterschiede, die auf jeden Fall in Bezug auf das Personal vor Ort beachtet werden müssen.

Für das Arbeitsrecht in Großbritannien spielen Leitfäden eine wichtige Rolle. Sollten diese von einem Arbeitgeber beachtet werden und im Unternehmen eingeführt sein, liefert dies dem Arbeitgeber bereits eine relativ sichere Position vor Gericht. Die Gerichte prüfen in einem Verfahren stets die Einhaltung dieser Leitfäden.

#### **Leitfäden können dabei von den folgenden Institutionen erlassen werden:**

- › Beratungs-, Verhandlungs- und Schlichtungsservice (ACAS-Advisory, Conciliation and Arbitration Service)
- › Wirtschaftsministerium (Department of Business, Innovation & Skills)
- › Ministerium für Arbeit und Lernen (Department of Employment and Learning)
- › Kommission für Gleichbehandlung und Menschenrechte (Commission for Equality and Human Rights)
- › Ministerium für Arbeit und Pensionen (Work and Pension Department)

Ferner entspricht es in Großbritannien der Norm, dass Arbeitgeber ein sog. Employee/Staff Handbook führen. In diesem Buch werden interne Disziplinar- und Beschwerdeverfahren geregelt. Weiterhin können darin allgemeingültige Richtlinien festgehalten werden, wie beispielsweise die Benutzung des Internet, Dresscode, Nichtraucherchutz. Des Weiteren kann auch die Gleichbehandlungsrichtlinie (Equal opportunities policy) aufgenommen werden. Auch Health & Safety Provisions kann das Handbuch enthalten. Aufgrund der herausragenden Bedeutung dieser Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften sind diese aber zusätzlich verbindlich im Betrieb auszuhängen.

## Befristung

Befristungen des Arbeitsvertrages sind grundsätzlich möglich. Befristungen bzw. Kettenbefristungen sind bis zu einer Dauer von vier Jahren machbar. Sollte dieser Zeitraum überschritten werden und kein objektiver Grund für die vorherigen Befristungen vorliegen, wandelt sich das befristete Vertragsverhältnis in ein unbefristetes um. Sollte ein solcher Fall vorliegen, kann der Arbeitnehmer eine Stellungnahme des Arbeitgebers verlangen, dass es sich nunmehr um einen permanenten Arbeitsvertrag handelt bzw. warum dennoch ein befristeter Vertrag weiterhin anzunehmen ist.

Der Arbeitgeber hat dieser Aufforderung innerhalb von 21 Tagen nachzukommen. Sollte darüber keine Entscheidung getroffen werden bzw. sollten immer noch Unstimmigkeiten diesbezüglich bestehen, kann der Arbeitnehmer eine gerichtliche Entscheidung erwirken, die feststellt, um welche Art von Arbeitsverhältnis es sich nunmehr handelt. Dabei kann dann die Stellungnahme als Beweis angeführt werden.

Ferner muss bei Befristungen beachtet werden, dass der Mitarbeiter keine Benachteiligung erfährt, wenn er sich im Verhältnis zu einem unbefristet Angestellten in einer vergleichbaren Position befindet und kein sachlicher Rechtfertigungsgrund vorliegt. Eine Besonderheit existiert im Zusammenhang mit betriebsbedingten Kündigungen. Hier kann der befristet angestellte Arbeitnehmer auf seinen Kündigungsschutz verzichten. Dies jedoch nur, wenn eine schriftliche Vereinbarung über den Verzicht getroffen wurde und die Vertragsdauer zwei Jahre überschreitet. Sollte das Arbeitsverhältnis um mindestens zwei weitere Jahre verlängert werden, muss die Fortgeltung des Verzichts wiederum schriftlich niedergelegt werden, um weiterhin Wirkung zu entfalten.

## Vertragsklauseln

### Rechtswahlvereinbarungen

Des Öfteren kann man in Arbeitsverträgen Rechtswahlvereinbarungen finden. Dem Arbeitnehmer darf durch die Rechtswahlvereinbarung nicht der Schutz genommen

werden, der ihm im Tätigkeitsland ansonsten zukommen würde. Des Weiteren können solche Vereinbarungen zu Unklarheiten führen, wenn beispielsweise eine unwirksame Rechtswahl vorliegt. Ferner kann nicht in jedem Fall wirksam der Gerichtsstand mit dem Arbeitnehmer vereinbart werden.

Insgesamt ist von solchen Rechtswahlvereinbarungen eher abzuraten und das Recht Großbritanniens anzuwenden. Sollte demnach keine Vereinbarung über die Rechtswahl getroffen werden, gilt nach Art. 8 Abs. 3 Rom I – Verordnung immer das Recht des Staates, in dem die Tätigkeit für gewöhnlich ausgeübt wird.

## Ausbildungsverträge

Bei Ausbildungsverträgen handelt es sich dem Grunde nach um normale Arbeitsverträge. Es gibt nur wenige Besonderheiten, die diesbezüglich zu beachten sind. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass es die klassischen Ausbildungsberufe in Großbritannien nicht gibt. Vielmehr erfolgt die Ausbildung betriebsorientiert, abhängig von dem Aufgabenbereich, in welchem man den Auszubildenden beschäftigen möchte. Es können daher nur gewisse Fähigkeiten erlangt werden, jedoch beispielsweise kein Abschluss als Tischler.

## Variable Vergütung

Eine Vertragsklausel kann die variable Vergütung darstellen. Diese ist in Großbritannien nicht ungewöhnlich. Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, sind genaue Fixierungen der Zielvorgaben in einer jährlich zu treffenden Zusatzvereinbarung zu empfehlen. Darin ist auch die Höhe der variablen Vergütung festzuhalten.

## Arbeitszeit

Die gesetzliche Höchst Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Arbeitnehmer haben einen Anspruch auf elf zusammenhängende Ruhestunden in einem 24-Stunden-Zeitraum, 1 arbeitsfreien Tag pro Woche und eine Pause von mindestens 20 Minuten bei einem Arbeitstag von mehr als sechs Stunden. Für Arbeitnehmer in Nachtschicht gilt zudem die Beschränkung, dass die Arbeitszeit auf acht Stunden in einem 24 Stunden-Zeitraum beschränkt ist.

In Großbritannien besteht keine gesetzliche Regelung für die Behandlung von Überstunden. Eine vertragliche Regelung kann dazu getroffen werden, ist in der Praxis aber eher unüblich.

### **Probezeit**

Im Vertrag kann eine Probezeit von bis zu sechs Monaten vereinbart werden. In der Praxis werden meist drei Monate vereinbart mit einer Klausel, dass die Probezeit je nach der Vertragserfüllung des Arbeitnehmers um weitere drei Monate verlängert werden kann. Während der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist eine Woche, wobei auch hier in der Praxis ein bis drei Monate üblich sind.

### **Gesetzlicher Mindestlohn**

Die Vertragsparteien können die Höhe des Lohns frei vereinbaren. Jedoch darf der gesetzliche Mindestlohn (statutory minimum wages) nicht unterschritten werden. Momentan beträgt der gesetzliche Mindestlohn für Arbeitnehmer über 21 Jahren 6,31 Pfund pro Stunde. Für Arbeitnehmer zwischen 16 und 17 Jahren dürfen 3,68 Pfund pro Stunde nicht unterschritten werden und für Arbeitnehmer zwischen 18 und 20 4,98 Pfund pro Stunde. Für Auszubildende unter 19 Jahren oder über 19 Jahren im ersten Lehrjahr ist ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 2,70 Pfund pro Stunde nicht zu unterschreiten. Bei Zahlung des Lohnes ist des Weiteren die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau zu beachten.

### **Sozialversicherung**

In Großbritannien werden Sozialversicherungsabgaben National Insurance Contributions (NIC) genannt. Sozialversicherungsabgaben (primary Class 1 NIC) müssen geleistet werden, wenn der Angestellte mehr als 7.956 Pfund im Steuerjahr verdient. Dieser Wert gilt für das Steuerjahr 2014/2015 und die zu leistenden Abgaben betragen 12 % auf Einkommen zwischen einem Betrag von 7.956 Pfund und 41.860 Pfund pro Jahr. Sollte diese Einkommensschwelle überschritten werden, beträgt die Sozialabgabenrate 2 %.

Sozialabgaben werden in Großbritannien vom Arbeitgeber über das Pay As You Earn (PAYE) System einbehalten und direkt abgeführt. Momentan betragen die Lohnnebenkosten bei einer Class 1 NIC für den Arbeitgeber 13,8 % für Einkommen von 7.956 Pfund pro Jahr.

Vor oder mit Aufnahme einer Tätigkeit in Großbritannien muss sich der Arbeitnehmer selbst um eine NIC-Nummer kümmern und dazu einen Antrag bei der Contribution Agency stellen, die sich in den Arbeitsämtern befindet. Zum Termin sind dann je nach Nationalität verschiedene Dokumente, wie beispielsweise Reisepass, ID Card, Arbeitserlaubnis, Arbeitsvertrag, Geburtsurkunde oder ein anderer Nachweis der Identität und/oder der Adresse mitzubringen.

## Einsatz ausländischer Mitarbeiter

Beim Einsatz ausländischer Mitarbeiter ist danach zu unterscheiden, ob diese aus einem EU-Staat stammen oder nicht. EU-Bürger können in Großbritannien ohne Arbeitsgenehmigung arbeiten.

Angehörige anderer Staaten müssen sich grundsätzlich um eine Arbeitsgenehmigung kümmern. Hier ist zu beachten, dass nicht alle Personen jede Tätigkeit ausüben und beispielsweise nicht als Geschäftsführer einer Gesellschaft eingesetzt werden können.

## Urlaub, Lohnfortzahlung, Mutterschutz

### Urlaub

Einem Arbeitnehmer steht ein gesetzlicher Urlaubsanspruch von 5,6 Wochen zu. Dies sind 28 Tage. Dabei ist keine gesetzliche Wartezeit einzuhalten. Es ist zu beachten, dass der Urlaubsanspruch im ersten Jahr der Beschäftigung nur zeitanteilig anwächst. Auf die 28 Tage können die acht gesetzlichen Feiertage in Großbritannien angerechnet werden.

Eine Übertragung des Urlaubs in das nächste Jahr ist nur aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung möglich, das heißt, mit Ablauf des Kalenderjahres verfällt der

Anspruch auf nichtgenommenen Urlaub. Eine Urlaubsabgeltung ist nur möglich, wenn das Arbeitsverhältnis endet.

## Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle

In Großbritannien ist die gesetzliche Lohnfortzahlungspflicht in den Statutory Sick Pay Regulations 1982 geregelt. Die gesetzliche Obergrenze der Lohnfortzahlung beträgt 28 Wochen innerhalb eines Dreijahreszeitraums. Dieser Zeitraum läuft ab dem vierten Tag, an dem der Arbeitnehmer arbeitsunfähig krank ist. Ab diesem Tag wird von der „period of incapacity for work“ (PIW) gesprochen.

Voraussetzung für die Lohnfortzahlung ist, dass der durchschnittliche wöchentliche Arbeitslohn mehr als 111 Pfund beträgt. Ferner, dass die Arbeit durch den Arbeitnehmer bereits aufgenommen und tatsächlich durchgeführt wurde. Der Arbeitnehmer muss einen Nachweis seiner Erkrankung erbringen.

Bei einer Arbeitsunfähigkeit bis zu sieben Tagen kann dies durch eine eigene Entschuldigung (self certificate) durch den Arbeitnehmer geschehen, soweit im Arbeitsvertrag nichts anderes geregelt ist. Danach muss dem Arbeitgeber eine ärztliche Bescheinigung vorgelegt werden, eine sogenannte „fit note“. Gemäß Statutory Sick Pay Regulations beträgt der gesetzlich vorgeschriebene zu zahlende Betrag im Krankheitsfalle 86,70 Pfund pro Woche. D. h. der maximal zahlbare Betrag in 28 Wochen beläuft sich auf 2.427,60 Pfund.

Die gesetzliche Lohnfortzahlung kann in gewissen Fällen ausgeschlossen sein. Dies ist beispielsweise bei befristeten Arbeitsverhältnissen bis zu drei Monaten der Fall, bei einer Erkrankung während der Teilnahme an einem Arbeitskampf, wenn der Arbeitsvertrag tatsächlich noch nicht in Vollzug gesetzt wurde, während der Zahlung von Mutterschaftslohn, wenn bereits die 28 Wochen ausgeschöpft sind, etc.

Des Weiteren kann auch eine vertragliche Vereinbarung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zwischen den Parteien des Arbeitsverhältnisses geschlossen werden. Die Lohnfortzahlung wird im Rahmen von Lohn- und Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeträgen als Vergütung angesehen.

## Mutterschutz

Mutterschaftsurlaub (Statutory Maternity Leave) kann bis zu 52 Wochen gewährt werden. Dieser setzt sich aus 26 ordinary maternity leave und 26 Wochen additional maternity leave zusammen.

Der Statutory maternity leave beträgt 39 Wochen. In dieser Zeit hat die Mutter Anspruch auf den Statutory Maternity Pay (SMP). In den ersten sechs Wochen hat die Arbeitnehmerin Anspruch auf 90 % ihrer Vergütung. Danach erfolgt die Zahlung gehaltsunabhängig und jede Mutter erhält daher pauschal 136,78 Pfund oder 90 % ihrer ehemaligen Vergütung. Es wird immer der Wert genommen, der niedriger ist.

Den SMP muss man beim Arbeitgeber beantragen. Der Antrag muss das Datum enthalten, ab wann man den SMP geltend machen möchte und dem ist ein ärztlicher Nachweis beizulegen, wann mit der Geburt des Kindes zu rechnen ist.

### **Um sich für den SMP zu qualifizieren, müssen die folgenden Voraussetzungen vorliegen:**

- › Die Mutter muss für mindestens 26 Wochen, bevor das Kind in 15 Wochen zur Welt kommt (qualifying week), ununterbrochen bei demselben Arbeitgeber beschäftigt gewesen sein
- › Dabei muss sie durchschnittlich mindestens das Niedriglohnniveau überschreiten. Das heißt, sie muss so viel durchschnittlich verdient haben, dass Sozialversicherungsabgaben zu zahlen waren. Dieser Wert liegt momentan bei einem wöchentlichen Durchschnittslohn von 111 Pfund.

Der Vater kann nach der Geburt des Kindes für zwei Wochen bezahlt von der Arbeit freigestellt werden. Dies kann auf acht Wochen verlängert werden. Weiterhin besteht ein Anspruch auf bis zu 18 Wochen Elternurlaub (parental leave) bis zum fünften Geburtstag des Kindes pro Elternteil. Dieser stellt aber nicht Urlaub im gewöhnlichen Sinne dar, sondern eine unbezahlte Freistellung von der Pflicht zur Arbeit.

## Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis kann durch unterschiedliche Art seine Beendigung finden. Dies kann durch Aufhebungsvertrag (compromise agreement), Zeitablauf (expiry), Unmöglichkeit (frustration), Kündigung durch den Arbeitgeber (dismissal) und durch Kündigung des Arbeitnehmers (resignation) erfolgen.

### Aufhebungsvertrag (Compromise Agreement)

Sollten Arbeitnehmer und Arbeitgeber gütlich auseinander gehen wollen, ist der Abschluss eines Aufhebungsvertrages zu empfehlen.

Im Compromise Agreement wird grundsätzlich festgehalten, dass der Arbeitnehmer auf Rechtsmittel verzichtet. Dem Arbeitnehmer ist ein unabhängiger Rechtsanwalt zur Seite zu stellen. Dieser hat die Aufgabe, ihn über den Rechtsmittelverzicht aufzuklären und ihm seine sonstigen Rechte und Pflichten zu erklären. Üblicherweise wird dieser Anwalt vom Arbeitgeber angefordert.

Es können dem Arbeitnehmer dafür aber auch die Kosten erstattet werden. Diese betragen bis zu 500 Pfund. Mit diesem Geld kann der Arbeitnehmer dann die Erstberatungskosten des Anwaltes zahlen.

Im Aufhebungsvertrag wird zudem meist eine Abfindungszahlung geregelt. Hier ist immer genau darauf zu achten, um welche Art von Zahlung es sich handelt, da dies für die steuerliche Behandlung ausschlaggebend ist.

### Kündigung

#### › Allgemein

Eine bestimmte Form ist für die Kündigung in Großbritannien nicht vorgeschrieben.

Jede Kündigung ist unabhängig von ihrer Rechtmäßigkeit wirksam. Die Rechtswidrigkeit einer Kündigung wirkt sich in Großbritannien nur bezüglich des eventuell bestehenden Entschädigungsanspruchs aus. Während der Kündigungsfrist hat der Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung. Sollte im



Arbeitsvertrag keine Regelung betreffend der Kündigungsfrist enthalten sein, greifen die gesetzlichen Mindestkündigungsfristen.

Anstatt die Kündigungsfrist einzuhalten, kann der Arbeitgeber aber auch eine Zahlung als Pay in lieu of notice (PILON) leisten. Der Arbeitgeber kann sich im Vertrag das Recht vorbehalten, dem Arbeitnehmer die für die Kündigungsfrist geschuldete Vergütung in einem Betrag zu zahlen.

## **In Großbritannien unterscheidet man rechtswidrige Kündigungen weiterhin nach:**

- » Wrongful dismissal: Kündigung ohne Einhaltung der gebotenen Frist
- » Unfair dismissal: Verstoß gegen gesetzliche Regelungen des eigentlichen Arbeitnehmerschutzes
- » Redundancy: Betriebsbedingte Kündigung
- » Constructive dismissal: Der Arbeitnehmer kann eine Kündigung aussprechen, wenn Arbeitgeber seine arbeitsvertraglichen Pflichten in erheblicher Weise verletzt. Die Kündigung wird dann so angesehen, als hätte sie der Arbeitgeber ausgesprochen.

Eine Kündigung, die ohne hinreichenden Grund und unter Verletzung eines für sie vorgesehenen Verfahrens ausgesprochen wird, ist rechtswidrig. Zulässige Gründe sind dabei Gründe, die im Verhalten des Arbeitnehmers liegen, betriebsbedingte Gründe, Gründe, die sich auf die Fähigkeiten und Qualifikationen des Arbeitnehmers zur Ausübung der Tätigkeit, für die er eingestellt wurde, beziehen, etc.

### › **Rechtsfolgen einer rechtswidrigen Kündigung**

Sollte der Fall einer rechtswidrigen Kündigung gegeben sein, dann können sich daraus unterschiedliche Folgen ergeben:

- » Der Arbeitnehmer hat dann einen Weiterbeschäftigungsanspruch. Sollte dieser vom Arbeitgeber abgelehnt werden, kann dies zu einer Abfindung in Höhe von 26 bis 52 Wochengehältern führen.
- » Der Arbeitnehmer hat zudem einen Anspruch auf Wiedereinstellung.

- » Es besteht ein Abfindungsanspruch. Dieser Abfindungsanspruch kann sich auf bis zu 74.200 Pfund belaufen. Jedoch ist dieser Anspruch nunmehr auf ein Bruttojahresgehalt des Arbeitnehmers beschränkt. Sollte die Kündigung aufgrund von Diskriminierung oder Whistleblowing erfolgt sein, dann ist der Abfindungsanspruch der Höhe nach unbegrenzt.

- › **Betriebsbedingte Kündigung**

Eine betriebsbedingte Kündigung beruht darauf, dass der Arbeitgeber das Unternehmen, für dessen Zwecke der Arbeitnehmer beschäftigt ist, einstellt oder einstellen will oder das Unternehmen an dem Ort, an dem der Arbeitnehmer beschäftigt wird, nicht fortgeführt wird.

Zudem liegt eine betriebsbedingte Kündigung vor, wenn der Bedarf an Arbeitskräften für bestimmte Tätigkeiten oder für bestimmte Tätigkeiten an dem Ort, an dem der Arbeitnehmer beschäftigt wurde, entfällt oder zurückgeht.

Die Folge der betriebsbedingten Kündigung ist stets die Zahlung der gesetzlich vorgeschriebenen Abfindungszahlung.

- › **Massenentlassungen**

In Großbritannien liegt eine Massenentlassung vor, wenn eine Gesellschaft 20 oder mehr Arbeitnehmer in einem Betriebsteil oder in mehreren Betriebsteilen unter einheitlicher Leitung innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen oder weniger entlässt. Bei einer solchen Massenentlassung sind Vertreter der betroffenen Arbeitnehmer in geeigneter Art und Weise und mindestens 30 Tage vor der ersten Kündigung zu konsultieren. Sollten mehr als 100 Arbeiter entlassen werden, verlängert sich dieser Konsultationszeitraum auf 45 Tage.

## **Zeitablauf (Expiry)**

Sollte ein Arbeitsvertrag für einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen worden sein, endet er automatisch mit Ablauf des im Vertrag genannten Tages. Einer Mitteilung an den Arbeitnehmer bedarf es nicht.

## Unmöglichkeit (Frustration)

Eine Besonderheit besteht in Großbritannien insoweit, dass es aufgrund von krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit unter engen Voraussetzungen zu einer automatischen Beendigung des Arbeitsverhältnisses kommen kann, dem sogenannten Fall der frustration. Dies tritt aber nur in den seltensten Fällen ein. In diesem Fall spricht man nicht von einer Kündigung. Demzufolge kann der ehemalige Arbeitnehmer auch keine Klage wegen einer unfair oder wrongful dismissal erheben.

Eine automatische Beendigung kann dann eintreten, wenn die Durchführung des Vertrages bzw. die Erfüllung der Arbeitsleistung unmöglich wird oder so substantiell von den bei Vertragsschluss vereinbarten Pflichten abweicht, das insoweit nicht mehr von den ursprünglichen Pflichten gesprochen werden kann. Dies muss aufgrund eines unvorhergesehenen Ereignisses passiert und darf weder vom Arbeitgeber noch vom Arbeitnehmer verschuldet sein.

Die Voraussetzung einer solchen automatischen Beendigung ist zum einen, dass das Gericht diese Doktrin nicht zu voreilig anwenden darf; insbesondere, wenn ein Fall einer betriebsbedingten oder krankheitsbedingten Kündigung nahe liegt. Zum anderen sollte der Tag festgestellt werden, an dem die frustration eintrat, um sicherzustellen, dass tatsächlich ein solcher Fall vorliegt. Und drittens müssen bestimmte Faktoren festgestellt werden, die dem Gericht bei der Entscheidung helfen sollen. Dabei spielt immer die Dauer des Arbeitsverhältnisses eine Rolle, wie lang dieses noch fortgeführt werden sollte, die Natur der Vertragspflichten, die Notwendigkeit, diesen Arbeitnehmer beschäftigen zu müssen, die Einschätzung, ob vom Arbeitgeber erwartet werden kann, dass er noch länger auf die Rückkehr des Arbeitnehmers wartet, etc. Der realistischen Möglichkeit, den Arbeitnehmer auf einer anderen Stelle einzusetzen und ihn später wieder in seinem eigentlichen Betätigungsbereich arbeiten zu lassen, kommt zudem überragende Bedeutung bei der Feststellung des Vorliegens einer „frustration“ zu.

## Kündigung durch den Arbeitnehmer (Resignation)

Auch der Arbeitnehmer kann sich unter Einhaltung der vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist vom Arbeitsverhältnis lösen.

## Arbeitsgerichtsverfahren

Das Arbeitsgerichtsverfahren läuft ähnlich wie in Deutschland ab. Für die Einreichung von Klagen bestehen Fristen von drei Monaten. Eine Klage erhebt man durch elektronische Ausfüllung einer claim form beim Employment Tribunal, die den Sachverhalt schildert und die Klageart nennt. Die Klageart ist sehr einfach durch Anklicken der entsprechenden Boxen auszuwählen.

Nach Ausfüllen des elektronischen Formulars erhält der Klagegegner eine Respond Form, in der er den Sachverhalt bestreiten kann. Dies entspricht der deutschen Klageerwiderung. Wenn diese beim Gericht eingegangen ist, erlässt es eine Standard order, in der es die Parteien auffordert, alle relevanten Dokumente innerhalb von sechs Wochen und alle Zeugenaussagen innerhalb von 12 Wochen beim Gericht einzureichen. Bis zur eigentlichen Gerichtsverhandlung vergehen daher durchschnittlich meist sechs Monate.

Sollte eine Partei mit der Entscheidung nicht zufrieden sein, kann es dagegen Rechtsmittel beim Employment Appeals Tribunal einlegen. Dies muss innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung des Employment Tribunals geschehen. Bis zur Verhandlung in der höheren Distanz dauert es circa ein Jahr. Gegen Entscheidungen des Employment Appeals Tribunal können Rechtsmittel beim Court of Appeal eingelegt werden. Die höchste Instanz danach ist der Supreme Court. Bis zu den Verhandlungen an den Gerichten dauert es durchschnittlich wiederum ein Jahr.

Wird erfolgreich Klage erhoben, kann man durchschnittlich 5.000 bis 30.000 Pfund als Compensation erhalten. Wird wegen Diskriminierung geklagt ist die Compensation unbeschränkt.

## Kollektivarbeitsrecht

Das Kollektivarbeitsrecht ist in Großbritannien wenig ausgeprägt und es findet sich keine so starke Verankerung, wie dies in Deutschland der Fall ist. Kollektivverträge haben keine Allgemeinverbindlichkeit und sind nicht verbindlich, solange dies nicht ausdrücklich zwischen den Parteien vereinbart wurde. Kollektivverträge können

dennoch die Grundlage von Individualverträgen bilden. Zur Einbeziehung reicht die bloße Gewerkschaftszugehörigkeit nicht aus, sondern nur eine ausdrückliche Vereinbarung der beteiligten Parteien.

## Unterschiede lokaler Rechnungslegung zur Rechnungslegung nach HGB

Deutschland	Großbritannien
HGB als übergeordnete Bilanzierungsvorschrift	True and Fair View als historisch gewachsenes Fundament für die Bilanzierung. Soweit erforderlich kann im Einzelfall vom Gesetz abgewichen werden (substance over form)
Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) als historisch gewachsenes Regelwerk der Bilanzierung	Companies Act als rechtliche Grundlage für Bilanzierungsregeln
Das Deutsche Rechnungslegung-Standards-Komitee als Privateinrichtung entwickelt Bilanzierungsregeln im Sinne einer Auslegung des Gesetzes und der GoB	Financial Reporting Counsel (FRC) entwickelt und erlässt rechtsverbindliche Bilanzierungsvorschriften, die im Range eines Gesetzes stehen

## Grundlegende Rechnungslegungskonzepte in Großbritannien

Es gilt die Vermutung, dass die folgenden Bilanzierungsgrundsätze (grundlegende, dem Jahresabschluss unterliegende Annahmen) bei der Aufstellung eines Jahresabschlusses nach britischem Recht beachtet worden sind.

### Generalnorm des True and Fair View

Der Jahresabschluss hat ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild zu vermitteln.

### Going Concern – Grundsatz der Unternehmensfortführung

Es wird angenommen, dass ein Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf eine vorhersehbare Zeit fortführen wird. Hierfür wird in Normalfall ein Zeitraum von einem Jahr ab Unterzeichnung des Jahresabschlusses durch die Geschäftsführer zugrunde

gelegt. (FRS 18). Die Gesellschaft verfügt demnach über ausreichende Mittel, um zumindest für die nächsten 12 Monate die wirtschaftlichen Tätigkeiten fortzusetzen.

## Matching Principle – Grundsatz der Periodenabgrenzung

**Es gelten hierbei die zwei Prinzipien:**

- › Ausgaben werden dann zu Aufwendungen, wenn die sachlich zuzuordnenden Einnahmen in Form von Erträgen realisiert sind.
- › Einnahmen werden dann zu Erträgen, wenn sie wahrscheinlich und die sie verursachenden zugehörigen Aufwendungen angefallen sind.

Erträge und Aufwendungen werden buchhalterisch erfasst, einander zugeordnet und in der Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres, in dem sie angefallen sind, periodengerecht erfasst (FRS 18).

**Beispiele hierzu sind:**

- › Abschreibungen
- › Rückstellungen
- › Bilanzuelle Behandlungen von langfristigen Fertigungsaufträgen (SSAP 9)

## Grundsatz der Bewertungsstetigkeit

Bilanzierungsgrundsätze sind stetig innerhalb des Jahresabschlusses und von einem Geschäftsjahr zum nächsten anzuwenden (FRS 18). Soweit eine Änderung in den Bilanzierungsgrundsätzen erfolgt ist, ist diesem Umstand durch Anpassung der Vorjahreszahlen Rechnung zu tragen. Die Vorjahreszahlen sind neu zu berechnen und das Eigenkapital entsprechend anzupassen (FRS 3).

## Prudence – Grundsatz des Vorsichtsprinzips

Im Gegensatz zur deutschen Bilanzauffassung ist das Vorsichtsprinzip in Großbritannien nicht Teil der Generalnorm nach UK-GAAP. Wirtschaftliches Tun ist seiner Natur nach mit Risiken behaftet, die in der Bilanz abgebildet werden müssen. Gewinne dürfen demnach nicht überbewertet werden.

## **Im Einzelnen gilt folgendes:**

- › Aktiva dürfen nicht überbewertet werden
- › Verluste dürfen nicht unterbewertet werden
- › Passiva dürfen nicht unterbewertet werden

## **Grundsatz des Substance over form**

Der Grundsatz des Substance over Form fordert die Beurteilung eines Sachverhalts nicht primär aufgrund seiner rechtlichen Gestaltung. Es ist vielmehr auf die wirtschaftlichen Auswirkungen abzustellen. Dies gilt selbst dann, wenn eine bestimmte Bilanzierung zwar im Einklang mit dem Wortlaut des Gesetzes steht, Abweichungen aber erforderlich sind, um eine dem wirtschaftlichen Sachverhalt entsprechende Darstellung zu ermöglichen.

## **Materiality – Grundsatz der Wesentlichkeit**

Der Jahresabschluss muss nur solche Informationen wiedergeben, die für die wirtschaftlichen Entscheidungen eines Nutzers des Jahresabschlusses relevant sind.

## **Hierbei wird auf die Funktion des Jahresabschlusses abgestellt:**

- › Informationsfunktion des Jahresabschlusses
- › Ausschüttungsbemessungsfunktion des Jahresabschlusses
- › Zentraler Ansatzpunkt für die Jahresabschlussprüfung und den Wirtschaftsprüfer

Vereinfachungsregeln der Bilanzierung sind nur von nachrangiger Bedeutung.

## **Offenlegung und Prüfungspflicht**

### **Kapitalgesellschaften**

In Großbritannien müssen alle Kapitalgesellschaften, die Public limited liability company (plc) und die Private limited liability company (Ltd.) einen Jahresabschluss aufstellen. Personengesellschaften, sogenannte Partnerships, müssen per Gesetz grundsätzlich keinen Jahresabschluss aufstellen.

Eine Ausnahme gilt für Personengesellschaften, bei denen entweder jeder Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, bzw. eine Personengesellschaft, bei der der oder die persönlich haftenden Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist. Diese werden wie Kapitalgesellschaften behandelt.

## Personengesellschaften

Der britische Companies Act macht keine Vorschriften, wie Personengesellschaften Jahresabschlüsse aufstellen sollen. Es wird jedoch angenommen, dass insoweit die Vorschriften für Kapitalgesellschaften analog anzuwenden sind, soweit der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild geben soll. Eine solche Verpflichtung kann sich z. B. aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben.

### **Form und Inhalt des Jahresabschlusses sind abhängig von der Klassifizierung der Gesellschaft als:**

- > Klein
- > Mittel
- > Groß

### **Inhalt des Jahresabschlusses:**

- > Lagebericht – Directors' Report (soweit erforderlich)
- > Prüfungsbericht – Auditors' Report (soweit erforderlich)
- > Gewinn- und Verlustrechnung – Income Statement (soweit erforderlich)
- > Bilanz – Balance Sheet unterschrieben von einem Geschäftsführer
- > Anhang – Notes
- > Konzernjahresabschluss (soweit erforderlich)
- > Anforderungen sind abhängig von Größenkriterien und Rechtsform
- > Kapitalflussrechnung – Cashflow
- > Bilanzierungsgrundsätze – Accounting policies



# Steuern

## Grundlagen

Wie in jedem anderen Land auch, ist das Steuersystem in Großbritannien sehr komplex.

Als primäre Rechtsquelle gilt für gemeinhin das durch das Britische Parlament und die Königin verabschiedete Steuerrecht in Form von formellen Steuergesetzen. Dazu zählen beispielsweise der Income Tax Act 2007, Income Tax (Trading and other Income Act) 2005 oder der Corporation Tax Act 2010.

Die Steuergesetzgebung wird jährlich, in der Regel nach Verabschiedung des Steuerhaushalts, erweitert bzw. werden bestehende Regelungen aufgehoben oder ergänzt oder neue eingeführt. Dadurch gibt die Struktur der britischen Steuergesetzgebung ein etwas konfuses und ungeordnetes Bild ab.

## Termine

5. April 2013	Ende des Steuerjahres 2013/2014
6. April 2013	Anfang des Steuerjahres 2014/2015
1. Oktober 2013	Zahlung der Körperschaftsteuer, wenn das Wirtschaftsjahr den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 umfasst
5. Oktober 2013	Mitteilung an das Finanzamt, ob neue Einkommensquellen vorliegen oder die Verpflichtung besteht, eine Steuererklärung für das Steuerjahr 2014/2015 abzugeben
31. Oktober 2013	Abgabe der Steuererklärungen natürlicher Personen, wenn diese in Papierform eingereicht werden  Antrag auf Ausgleich einer erhöhten Steuer bei einer Steuerunterzahlung bis zu einer Höhe von £ 2.000
31. Januar 2014	Abgabe der Steuererklärungen natürlicher Personen, wenn diese elektronisch eingereicht werden
5. April 2014	Ende des Steuerjahres 2014/2015
Jeweils am 19. des Monats	Abführung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber
Jeweils am 22. des Monats	Abführung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber, wenn die Zahlung elektronisch erfolgt

## Ertragsteuern

Ertragsteuern sind Steuern, die auf einen Vermögenszuwachs von Geld oder geldwerten Gütern für eine bestimmte Periode, meist das Steuerjahr, erhoben werden. Zu den Ertragsteuern in Großbritannien gehören die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

### Einkommensteuer (Income Tax) – Allgemeines

Soweit eine natürliche Person in Großbritannien ansässig ist, ist sie unbeschränkt einkommensteuerpflichtig. Die Steuerpflicht greift dann für ihr gesamtes, weltweit erzielt Einkommen („Welteinkommensprinzip“). Das heißt, dass jegliche in Großbritannien erzielten Einkünfte wie auch die übrigen, weltweit erlangten, Einkommen der Besteuerung durch den britischen Fiskus unterliegen.

In Großbritannien unterscheidet man dabei die Begriffe „resident“ und „domicile“. Zudem wurde der Statutory Residence Test eingeführt, der nunmehr den Status „ordinarily resident“ aufhebt und den Ansässigkeitsstatus erstmals auf eine gesetzliche Grundlage stellt.

#### › Resident

Seine Residenz hat man dann in Großbritannien, wenn man mehr als 183 Tage im Steuerjahr präsent war oder bei regelmäßigen Besuchen mindestens 90 Tage innerhalb der letzten vier Jahre in Großbritannien verbracht hat.

#### › Domicile

Das Domizil wird als das Land angesehen, in dem der Steuerpflichtige seine permanente Heimat hat. Es ist stets unabhängig von der eigenen Nationalität oder der Residenz, obwohl diese zwei Punkte auch Anhaltspunkte dafür sein können. Domiziliert ist man normalerweise in dem Land, in dem man geboren wurde, obwohl es auch möglich ist, ein Domizil zu wählen.

## Steuerobjekt / Steuersatz / Freibetrag

### Der Einkommensteuer unterliegen die folgenden Einkünfte:

- › Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit sowohl im In- als auch im Ausland
- › Einkünfte aus selbständiger bzw. unternehmerischer Tätigkeit
- › Einkünfte aus inländischem Grundvermögen (i.d.R. Mieteinkünfte)
- › Erträge aus Saving Income und Dividenden
- › Sonstige Einkünfte

In Großbritannien erfolgt eine abschnittsweise Besteuerung nach Steuerklassen, die sich auf vier taxable bands aufteilen und denen dann entsprechend das Einkommen zugeordnet wird:

- › Starting Rate: nur bei Zinseinkommen von 0-2.880 Pfund mit 10 %
- › Basic Rate: 0-31.865 Pfund mit 20 %
- › Higher Rate: über 31.866 - 150.000 Pfund mit 40 %
- › Additional Rate: über 150.000 Pfund mit 45 %

### Die Einkunftsarten werden den Steuersätzen in folgender Reihenfolge zugeordnet:

1. Andere Einkünfte
2. Zinseinkünfte
3. Einkünfte aus Dividenden

Das britische Steuerrecht kennt eine Reihe von Grundfreibeträgen. Die Unterteilung erfolgt in spezielle Grundarten mit den entsprechenden Beträgen im Steuerjahr 2013/2014 und 2014/2015: Der persönliche Grundfreibetrag für das Steuerjahr 2013/2014 betrug 9.440 Pfund und für 2014/2015 10.000 Pfund. Dieser Betrag wird dem Steuerpflichtigen grundsätzlich ohne Abzüge gewährt und soll das Existenzminimum absichern. Eine Kürzung dieses Freibetrages wird nur dann vorgenommen, wenn das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen im betreffenden Steuerjahr 100.000 Pfund übersteigt. In diesem Fall erfolgt eine Kürzung des Freibetrages um jeweils 1 Pfund für jede 2 Pfund, die das Gesamteinkommen die Grenze von

100.000 Pfund übersteigt. Das führt zu einer Reduzierung des persönlichen Freibetrages auf 0 Pfund, wenn der Steuerpflichtige 114.950 Pfund und mehr verdient.

Der Altersfreibetrag für 65- bis 74-Jährige beträgt für das Steuerjahr 2014/2015 10.600 Pfund. Der Altersfreibetrag wird in dem Steuerjahr gewährt, in dem der Steuerpflichtige sein 65. Lebensjahr vollendet hat, d. h. seinen 65. Geburtstag begeht. Auch wenn er diesen erst am letzten Tag des Steuerjahres feiert, wird der Freibetrag für das gesamte Steuerjahr gewährt und nicht etwa zeitanteilig.

## Gewinnermittlung bei der Einkommensteuer

### Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten

./. Bestimmte abzugsfähige Ausgaben (charges on income)  
= Gesamteinkommen (total income)

---

./. mit anderen Einkunftsarten verrechenbare Verluste soweit zulässig  
(carry across loss)  
./. Persönliche Freibeträge (personal allowance)

---

= Zu versteuerndes Einkommen (taxable income)

Als Gesamteinkommen (total income) gelten alle positiven Einkünfte aus den Einkunftsarten. Davon abgezogen werden bestimmte Ausgaben (charges on income), die bei der Berechnung der einzelnen Einkünfte nicht erfasst wurden. Diese Beträge können unterteilt werden in Zinsen für gewisse Darlehen und sonstige abzugsfähige Ausgaben.

## Körperschaftsteuer (Corporate Tax)

Steuerobjekt sind Gesellschaften, die in Großbritannien ansässig sind. Ansässig bedeutet dabei, dass die Gesellschaft entweder in Großbritannien gegründet wurde, von hier die Hauptverwaltung der Gesellschaft stattfindet oder eine Betriebsstätte in Großbritannien begründet wurde. Der Steuerpflicht unterliegen dabei alle Einkünfte und Gewinne aus Verfügungen über Wirtschaftsgüter.

Personengesellschaften, wie die LP und die LLP, sind nicht Körperschaftsteuerpflichtig. Sie gelten nur als Zurechnungsobjekt für die Gewinnermittlung. Besteuert werden die dahinterstehenden Gesellschafter.

Das Steuerjahr für Gesellschaften beginnt grundsätzlich am 1. April und endet am 31. März des darauffolgenden Jahres. Der Abrechnungszeitraum der Gesellschaft kann davon jedoch abweichen. Ist dies der Fall, dann werden die Erträge zeitanteilig aufgeteilt. Der Abrechnungszeitraum einer Gesellschaft beträgt grundsätzlich 12 Monate, kann sich aber auch auf einen längeren Zeitraum erstrecken.

Bis zum 31. März 2011 betrug der Körperschaftsteuersatz 26 %. Momentan beträgt er 21 % und soll weiter gesenkt werden. Eine Ausnahme besteht für kleine Unternehmen, deren Profit pro Jahr den Betrag von 300.000 Pfund nicht übersteigt. Der dann anwendbare Steuersatz liegt bei 20 %. Sollte der Profit des Unternehmens des Weiteren die Höhe von 1.500.000 Pfund nicht überschreiten, dann wird der Profit zwischen 300.000 Pfund und dieser Höhe mit dem marginalen Steuersatz von 26,25 % besteuert. Auf jeden Betrag, der diese Grenze überschreitet, wird der höhere Steuersatz angewendet. Damit soll eine progressive Besteuerung sichergestellt werden.

Die Körperschaftsteuer wird automatisch neun Monate und einen Tag nach Ende der Abrechnungsperiode fällig. Große Gesellschaften müssen die Steuer in Teilbeträgen zahlen. Als groß gilt ein Unternehmen, wenn es einen steuerbaren Gewinn von 10.000.000 Pfund im entsprechenden Jahr hat, oder wenn es einen Gewinn von 1.500.000 Pfund im aktuellen und vorangegangenen Jahr aufzuweisen hat. Die Teilzahlungen fangen 14 Tage nach den ersten sechs Monaten des entsprechenden Jahres an und sind dann vierteljährlich fällig. Wird nicht fristgemäß gezahlt, werden Versäumniszinsen fällig. Hat das Unternehmen zu viel Steuer gezahlt, muss das HMRC diesbezüglich Zinsen an das Unternehmen zahlen. Diese stellen wiederum steuerbare Einnahmen dar.

Verluste aus einem Abrechnungszeitraum können gegen Gewinne aus dem gleichen Zeitraum gerechnet werden. Können Verluste nicht verrechnet werden, ist es erlaubt, diese vorzutragen. Dazu besteht keine zeitliche Begrenzung. Ein Verlustvortrag ist so lange möglich, wie die Gesellschaft ihrer Unternehmenstätigkeit, die auch den Verlust hervor gebracht hat, weiterhin nachgeht.

Ferner können Verluste auch zurückgetragen werden. Die Verluste können jedoch nur beschränkt auf die unmittelbar vorhergehenden 12 Monate zurückgetragen werden. Ein Verlust, der zurückgetragen wurde, kann grundsätzlich gegen alle Profite gerechnet werden.

## **Gewerbesteuer**

Eine Gewerbesteuer existiert in Großbritannien nicht.

## **Vermögensteuer (Capital Gains Tax)**

Steuerobjekt der Vermögenszuwachssteuer (Capital Gains Tax bzw. CGT) ist der Gewinn aus der Verfügung über Vermögensgegenstände. Besteuert wird entweder mit einem Steuersatz von 18 % oder 28 %. Der Steuersatz von 18 % ist auf den Teil der Gewinne anzuwenden, der sich innerhalb des einkommensteuerrelevanten Steuerbands von 20 % (Grundsteuersatz, 0 - 31.865 Pfund für 2014/2015) bewegt, nach Abzug des steuerpflichtigen Einkommens innerhalb des gleichen Steuerjahres. Darüber hinausgehende Gewinne werden mit 28 % besteuert.

Das bedeutet, dass Einkommen und Gewinne addiert werden müssen, um die Höhe des Steuersatzes auf die Gewinne festzulegen zu können. Der jährliche Freibetrag beträgt für das derzeitige Steuerjahr 2014/2015 10.900 Pfund. Ein nicht genutzter Freibetrag verfällt und kann nicht vor- oder zurückgetragen werden. Ehepartner/Lebenspartner haben dabei jeweils ihren eigenen Freibetrag. Abzugsfähig sind Verluste aus Verfügungsgeschäften, die der CGT unterliegen und die in demselben Steuerjahr aufgetreten sind. Abzugsfähig sind auch Verluste, die bereits aus vorherigen Steuerjahren stammen und vorgetragen wurden.

Ein Verlustrücktrag ist grundsätzlich nicht möglich. Der Verlustvortrag ist betragsmäßig und zeitlich unbegrenzt möglich. Verluste werden vor Anwendung des jährlichen Freibetrages für die Vermögenszuwachssteuer abgezogen.

## Gewinnermittlung bei der Vermögenszuwachssteuer

Der Gewinn ermittelt sich wie folgt:

1. Erlös/Gegenleistung aus der Verfügung
  2. ./ abzugsfähige Posten vom Verfügungserlös
  3. ./ Anschaffungskosten
  4. ./ angefallene Gebühren für den Verkauf
- 
5. Bruttoerlös
  6. ./ eventuell (vorgetragener) Verlust aus Veräußerung von Wirtschaftsgütern
- 
7. Nettoerlös
- 
8. ./ jährlichen Freibetrag
- 
9. = Gewinn / Verlust
- 
- 

Der erzielte Gewinn ergibt sich aus dem Veräußerungswert abzüglich der Anschaffungskosten.

## Verkehrssteuern

Verkehrssteuern sind Steuern, die auf die Teilnahme am Rechtsverkehr erhoben werden. Dazu zählen in Großbritannien beispielsweise die Mehrwertsteuer (Value Added Tax) und die Stamp Duty.

### Mehrwertsteuer (Value Added Tax)

Die Mehrwertsteuer wird auf den Betrag, der bei der Produktion oder bei dem Vertrieb der Waren in jeder Phase hinzukommt und letztendlich vom Endverbraucher gezahlt wird, erhoben. Die Mehrwertsteuer beträgt in Großbritannien momentan 20%.

## Stamp Duty

Bei einem Kauf von Gesellschaftsanteilen wird in Großbritannien eine Steuer fällig, die Stamp Duty. Es wird unterschieden, ob der Kauf auf Papier oder rein elektronisch (dann Stamp Duty Reserve Tax = SDRT) vollzogen wird. Bis zu einem Wert von 1,000 Pfund wird keine Stamp Duty / SDRT fällig. Elektronisch erfolgt dies durch CREST – the electronic settlement and registration system. Die SDRT wird in diesem Falle automatisch einbehalten und an das HMRC abgeführt. Der Steuersatz beträgt für SDRT 0,5 %. Stamp Duty ist auf dieselben Transaktionen anwendbar, derselbe Steuersatz wird angewendet wie bei der SDRT. Die Steuer ist vom Steuerpflichtigen selbständig abzuführen. Sollte ein Transfer in ein „deposit receipt scheme“ oder „clearance service“ stattfinden, wird eine Steuer mit höherem Steuersatz von 1,5 % fällig. Bei dem Erwerb von ausländischen Anteilen wird keine Stamp Duty fällig.

## DBA-Grundlagen

Großbritannien hat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zahlreiche Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit anderen Ländern abgeschlossen. Diese können auf der Website des HMRC abgerufen werden.

## Dividenden

Unterschieden werden muss bei Dividenden, ob es sich um eine qualifizierte (qualifying distribution) oder nicht qualifizierte Ausschüttung handelt (non-qualifying distribution). Für die qualifizierte Ausschüttung erhält der Anleger eine Steuergutschrift. Diese entspricht einem Neuntel des Betrages oder des Wertes der Bruttodividende. Der Dividendenbetrag oder Ausschüttungsbetrag wird so behandelt, als wäre er um die Steuergutschrift erhöht und der Empfänger erhielte nur die Nettodividende. Eine Person, dessen steuerbares Bruttoeinkommen sich innerhalb des Eingangssteuersatzes für Dividenden bewegt, muss daher keine weiteren Steuern bezahlen (= normaler Steuersatz auf Dividenden in Höhe von 10 %).

Steuerpflichtige, die dem erhöhten Steuersatz unterliegen, dürfen die Steuergutschrift auf ihre Steuerschuld anrechnen. Bei einem erhöhten Steuersatz von 32,5 %



verbleibt eine Steuerzahlung des Anlegers von 22,5 %, bei dem Spitzensteuersatz von 42,5 % verbleibt eine Steuerzahlung von 32,5 %.

## Betriebsstätten

Eine steuerliche Betriebsstätte kann bereits durch den Einsatz eines Handelsvertreters in Großbritannien begründet werden. Betriebsstätten, gleich welcher Form, sind für steuerliche Zwecke zu registrieren. Der Körperschaftsteuer in Großbritannien unterfallen aber nur die Einnahmen, die der Betriebsstätte direkt zugerechnet werden können.

## Finanzverwaltung

Das Finanzamt in Großbritannien heißt HM Revenue and Customs (HMRC). Entstanden ist es am 18. April 2005 durch dem Zusammenschluss der HM Inland Revenue und dem HM Customs and Excise. Es erhebt die direkten und indirekten Steuern.

# Kunden, Lieferanten, Partner

---

## Grundlagen des Vertragsrechts

In England gilt das Prinzip der Vertragsfreiheit. Die Vertragsparteien können innerhalb des Rahmens der Zulässigkeit ihren Vertrag frei gestalten.

**In England und Wales benötigt man vier Elemente, um einen rechtlich bindenden Vertrag zu schließen:**

- › Angebot (offer)
- › Annahme des Angebots (acceptance)
- › Adäquate Gegenleistung (consideration)
- › Rechtsbindungswille (an intention to create legal relations).

Die Vertragsparteien müssen fähig sein, einen Vertrag abzuschließen. Es dürfen auch keine rechtswidrigen Faktoren wie z. B. falsche Darstellungen (misrepresentation) oder Zwang (duress) gegeben sein. Im Falle eines Vertragsbruchs durch eine Vertragspartei ist es der anderen Vertragspartei möglich, Schadensersatz zu fordern. Das Common Law gestattet bei einem Vertragsbruch zunächst, „damages“ (Schadensersatz) zu verlangen. Es stehen aber auch eine Reihe von „equitable remedies“ (andere auf Schadensersatz basierende Billigkeitserwägungen) einer Vertragspartei bei bestimmten Konstellationen zur Verfügung. Vertragsrecht ist ein Common Law Rechtsgebiet, welches teilweise normiert ist und bei dem auch Gerichtsentscheidungen in Betracht gezogen werden müssen.

### Angebot (offer)

Ein Angebot ist ein Ausdruck der Bereitschaft, einen rechtlich bindenden Vertrag mit klaren Vertragsbestimmungen eingehen zu wollen. Sobald das Angebot angenommen wird, besteht ein rechtlich bindender Vertrag.

Ein Angebot kann einer Einzelperson, einer Gruppe von Personen oder der Öffentlichkeit gemacht werden, so wie im bekannten Fall von *Carill v Carbolic Smoke Ball*

Co (1892). Angebote müssen von Aufforderungen zur Abgabe eines Angebots (invitations to treat – invitatio ad offerendum ) unterschieden werden. Ein Angebot folgt einer Aufforderung zur Abgabe eines Angebots. Es gibt zahlreiche Gerichtsentscheidungen, die den Unterschied zwischen beiden Rechtsterminologien darlegen.

Im Fall Harvey v Facey (1893) ist die Aufforderung, den niedrigsten Preis für den Kauf eines bestimmten Stiftes anzugeben, eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots und kein Angebot.

Eine Auktion ist ein weiteres Beispiel, um den Unterschied zwischen einem Angebot und einer Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zu erklären. Ein Auktionator bietet einen Preis mit den folgenden Worten an: „Wer bietet 50 Pfund?“. Dies wäre nach englischem Vertragsrecht eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots. Ein Bieter gibt danach ein Angebot ab, welches erst dann bindend wird, wenn der Auktionator dieses annimmt und durch den Hammerschlag bekräftigt (Payne v Cave (1789) und s57(2) Sale of Goods Acts 1979).

Eine Ausschreibung (tender) ist ein Angebot, etwas abzuliefern. Es ist situationsabhängig, ob die Annahme eines „tenders“ einen rechtlich bindenden Vertrag zur Konsequenz hat.

Im Gegensatz zu dauerhaften Aufträgen (standing orders) legt eine feste Zusage/Bestellung des Angebotsempfängers eine rechtlich bindende Annahme der Ausschreibung fest.

Die oben angeführten Beispiele sind nur einige von vielen Fällen, welche herangezogen werden könnten, um zu entscheiden, ob es sich in einem bestimmten Fall um ein Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots handelt.

## **Ablauf von Angeboten:**

### › **Widerruf/Entziehung – revocation**

Normalerweise kann ein Angebot widerrufen werden, bevor es angenommen wird. Dies ist auch möglich, wenn das Angebot einen noch nicht abgelaufenen

Gültigkeitszeitraum angibt. Ein Widerruf muss einem Anbieter explizit mitgeteilt werden.

Ein Anbieter, der ein zweites Angebot mit anderen Bedingungen gegenüber demselben Empfänger macht, hat sein erstes Angebot widerrufen. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn das erste Angebot noch nicht angenommen wurde.

› **Verjährung/Ablauf der Frist – lapse of time**

Ein Angebot kann, nachdem die Frist für die Annahme abgelaufen ist, nicht mehr angenommen werden. Ein Angebot kann auch dann nicht mehr angenommen werden, wenn ein angemessener Zeitraum dafür abgelaufen ist. Wie lang ein „angemessener Zeitraum“ ist, ist situationsabhängig. Im Fall *Ramsgate Victoria Hotel Co Ltd. v Montefiore* [1866] wurde entschieden, dass fünf Monate Wartezeit, bevor das Angebot angenommen wurde, ein unangemessener Zeitraum war und demnach der Anbieter nicht mehr an sein Angebot gebunden war.

› **Tod**

Der Tod des Angebotsempfängers hebt das Angebot auf. Die Auswirkung, die der Tod des Anbieters jedoch hat, ist unklar. Wenn der Empfänger vom Tod des Anbieters in Kenntnis gesetzt wurde, bevor er das Angebot angenommen hat, so ist Angebot nicht mehr gültig. Wenn aber der Empfänger nichts vom Tod des Anbieters weiß, ist seine Annahme des Angebots zulässig, es sei denn, der Vertrag würde die persönliche Ausführung von Pflichten des Anbieters vorschreiben.

› **Voraussetzungen – conditions precedent**

Ein Angebot, welches auf bestimmten Bedingungen basiert, kann nicht angenommen werden, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind.

› **Annahme**

Ein Angebot besteht nicht mehr, wenn dieses angenommen wird.

› **Gegenangebot**

Ein Gegenangebot, welches die Bedingungen des ursprünglichen Angebots ändert, beendet den Bestand dessen und begründet ein neues.

## Annahme des Angebotes (acceptance)

Die Annahme des Angebots ist final und eine bedingungslose Zustimmung aller Bedingungen des Angebots, welche mündlich oder schriftlich oder implizit durch ein bestimmtes Verhalten erteilt werden kann. Wenn die Bedingungen des Angebots geändert werden, handelt es sich dabei nicht um eine Annahme des Angebots, sondern vielmehr um ein Gegenangebot. Es liegt dann allein in der Entscheidung des Anbieters, ob er das Gegenangebot annimmt und dadurch ein rechtlich bindender Vertrag zustande kommt.

Ein Angebot und Gegenangebot kann in einigen Situationen schwer unterschieden werden. Hierzu bietet das englische Recht viele Fälle, die in Betracht gezogen werden können. Die Annahme des Angebots muss dem Anbieter klar kommuniziert werden. Schweigen wird nicht als Annahme des Angebots angesehen und hat damit, wie in Deutschland, keinen Erklärungswert.

Eine Annahme, die per Post ordnungsgemäß verschickt wurde, ist gültig, auch wenn die Post nicht zugestellt wird. Der Anbieter kann dies, auch bekannt als „Postal Rule“, umgehen, indem er vereinbart, dass das Angebot nur als angenommen gilt, wenn die Annahme dem Anbieter per Post zugestellt wurde.

Sendungen per Einschreiben werden als übermittelt angesehen, sobald diese einer autorisierten Person zugestellt werden. Der Erhalt eines Einschreibens fingiert eine Annahme des Angebots. Dies ist nicht der Fall, wenn das Einschreiben außerhalb der Geschäftszeiten zugestellt wird. Somit würde die Annahme des Angebots erst am folgenden Geschäftstag erfolgen.

Zu Annahmen von Angeboten per E-Mail gibt es Gerichtsentscheidungen. Es ist fraglich, ob eine Annahme, welche per E-Mail kommuniziert wird, eine effektive Form der Annahme ist. Wahrscheinlich wäre dies möglich, wenn der Anbieter die E-Mail erhält und sie für ihn lesbar ist.

Angebote im Internet werden als Aufforderung zur Abgabe eines Angebots (invitation to treat) angesehen, wobei der potentielle Käufer ein Angebot macht und jegliche Art von elektronischer Bestätigung dieses Angebots einen rechtlich bindenden

Vertrag einleitet. Dies ist nicht der Fall, wenn in der Bestätigung selbst steht, dass diese keiner Annahme des Angebots gleichkommt.

## Gegenleistung (consideration)

Jede Vertragspartei muss eine angemessene Gegenleistung erbringen (es sei denn, der Vertrag hat die Form eines „Deed“ (gesiegelter Vertrag)). Eine Gegenleistung bedeutet im rechtlichen Sinn eine Wertsache und wurde in *Currie v Misa* [1875] wie folgt definiert:

„some rights, interests, profits or benefits accruing to one party, or some forbearance, detriment, loss or responsibility given, suffered or undertaken by the other“ (einige Rechte, Interessen, Profite oder Vorteile, die einer Partei zukommen oder irgendeine Nachsicht, Verlust, Schaden oder Verantwortung, die einer anderen Vertragspartei auferlegt wird oder diese erleidet.)

### Nach englischem Recht gibt es zwei Arten von Gegenleistung:

- i. Die bereits geleistete Gegenleistung (Executed Consideration): Eine Vertragspartei hat ihre Vertragspflichten erfüllt. Die Pflichten der anderen Vertragspartei stehen noch aus.
- ii. Die noch ausstehende Gegenleistung (Executory Consideration) ist ein Versprechen einer in der Zukunft stattfindenden Handlung. Als Gegenleistung wird das gleiche Versprechen von der anderen Vertragspartei ausgesprochen.

Gegenleistungen (consideration), die vor dem Vertrag geleistet wurden, werden als „past consideration“ bezeichnet und rechtlich nicht als „consideration“ angesehen. Auch hierfür gibt es zahlreiche Fälle, in denen das Konzept der Gegenleistung (consideration) angesprochen wird.

## Rechtsbindungswille (an intention to create legal relations)

Der Rechtsbindungswille spielt im Vertragsrecht eine wichtige Rolle. Beide Vertragsparteien müssen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses die Absicht haben, sich

rechtlich binden zu wollen. Der Rechtsbindungswille erlaubt es beiden Vertragsparteien, im Falle eines Vertragsbruchs Rechtsmittel einzulegen und ggf. Schadensersatz zu fordern.

Eine Absichtserklärung ist nach englischem Recht nicht bindend.

## Rechtsbehelfe / Ansprüche bei Vertragsverletzungen

Nach englischem Recht kann man bei einer Vertragsverletzung zwei Arten von Ansprüchen geltend machen: zum einen Schadensersatz (damages) und zum anderen Schadensersatz nach Billigkeitserwägungen (equitable remedies).

Am häufigsten fordern Vertragsparteien bei Vertragsbruch Schadensersatz (damages). Die Höhe der Schadensersatzforderung ist jedoch abhängig von der jeweiligen Situation. Die Erlassung von Schadensersatz nach Billigkeitserwägungen, wie zum Beispiel ein Beschluss für besondere Vornahmen (specific performance) oder Verfügungen (injunction), liegt allein in der Entscheidung des Gerichts.

Schadensersatz nach Billigkeitserwägungen spielt besonders dann eine Rolle, wenn ein potentieller Vertragsbruch verhindert werden soll oder sich eine Vertragspartei nicht vertragsgemäß verhält. Welche Art von Schadensersatz nach Billigkeitserwägung eingeklagt werden kann, ist immer situationsabhängig.

Des Weiteren ist es wichtig, die sogenannte Limitation Period, d. h. den Zeitraum, in dem eine vertragsrechtliche Klage bei Gericht eingereicht werden kann, zu beachten. Der Limitation Act 1980 schreibt vor, dass eine vertragsrechtliche Klage innerhalb von 6 Jahren ab dem Tag, an dem z. B. der Vertragsbruch stattgefunden hat, bei Gericht eingeleitet werden kann. Eine Klage bezüglich eines besiegelten Vertrags (specialty) muss innerhalb von 12 Jahren eingeleitet werden. Im Betrugsfall oder wenn ein Fehler vorliegt, beginnt die Verjährung erst dann zu laufen, wenn der Kläger den Betrug oder Fehler bemerkt oder durch zumutbare Sorgfalt hätte bemerken sollen.

## Forderungssicherung – security

Es ist in England üblich, als Gläubiger eine Forderungssicherung zu verlangen. Dies kommt oftmals bei einer Gutschrift (credit note) oder bei einem Darlehen zum Tragen. Forderungen können besichert und unbesichert sein. Wenn ein Gläubiger keine Forderungssicherung (z. B. die Besicherung wertvoller Maschinen des Schuldners) vom Schuldner verlangt, besteht das Risiko, dass er im Fall der Insolvenz des Schuldners sein Geld nicht mehr wiedererlangt. Somit würde er mit anderen unbesicherten Gläubigern in der Rangordnung der Rückzahlung der Schulden gleich stehen.

Wenn allerdings der Gläubiger eine Forderungssicherung vom Schuldner erhalten hat und diese einen gewissen Wert darstellt, angemessen registriert ist und nicht angefochten werden kann, ist der Gläubiger im Fall der Insolvenz des Schuldners in der Höhe der Sicherheit abgesichert. Forderungssicherungen können unterschiedliche Formen annehmen. Die nachstehenden werden häufig verwendet:

## Verpfändung – Pledge

Bei einer Verpfändung eines bestimmten Gegenstands an einen Gläubiger behält der Verpfändende das Eigentum. Das Common Law erlaubt einem Gläubiger, den gepfändeten Gegenstand zu verwerten, wenn der Verpfänder seinen Zahlungspflichten nicht nachkommt. Dies muss der Gläubiger dem Pfandschuldner allerdings vorher mitteilen. Der Zeitraum ist situationsabhängig und hängt allgemein vom Gegenstand selbst ab (z. B. wenn es sich dabei um verderbliche Lebensmittel handelt). Es wäre daher ratsam, dass beide Parteien ihre Rechte und Pflichten vertraglich regeln.

In England ist solch ein Vertrag als „Letter of Pledge“ oder „Memorandum of Deposit“ bekannt. Es können allein bewegliche Gegenstände verpfändet werden. Da die Übertragung des Pfandgegenstands wichtig ist, können Schulden nicht gepfändet werden.

Die Übertragung des Pfandgegenstandes kann tatsächlich (actual) oder konstruktiv (constructive) sein, z. B. eine Übergabe der Schlüssel des Lagers, in dem die verpfändeten Gegenstände aufbewahrt werden. In der Praxis wird die Verpfändung selten



verwendet. Jedoch ist sie trotzdem für spezialisierte Geschäfte relevant und kann in anderen Rechtsordnungen eine wichtige Rolle spielen.

## Sicherheiten – Charges

Sicherheiten über Sachvermögen wie z. B. Maschinen werden oft vom Schuldner an Gläubiger gegeben. Es erfolgt dabei eine Sicherungsübereignung. Dies ist auch weitaus praktischer, da der Schuldner seinen Geschäftstätigkeiten somit weiterhin nachgehen kann.

Die Übertragung der Rechte bzgl. bestimmter Gegenstände wird vertraglich zwischen dem Schuldner (chargor) und Gläubiger (chargee) festgehalten. Ein Gläubiger hält die Rechte an den Gegenständen solange, bis die Schulden zurückgezahlt wurden. Falls die Rückzahlung der Schulden nicht erfolgt, kann der Gläubiger die Gegenstände verkaufen und somit den Erlös für die Zahlung der Schulden einbehalten.

Es gibt zwei Arten von Sicherheiten, die „Fixed Charges“ und zum anderen „Floating Charges“.

### › Fixierte Sicherungen – Fixed Charges

Fixed Charges sind auf einen bestimmten Gegenstand festgelegt. Diese Art der Sicherung kann von Unternehmen, Partnerschaften und Einzelpersonen gewährt werden. Eine fixed charge erlaubt es einem Gläubiger, Kontrolle über den besicherten Gegenstand auszuüben. Wenn dieser keine Kontrolle über den Gegenstand hat, hätte er keine fixed charge, sondern eine floating charge (schwebende Sicherung). Ob eine Besicherung eine fixed charge ist oder nicht, hängt nicht von der Absicht der Parteien ab, sondern von den Tatsachen selbst. Ein Vertrag, in dem eine fixed charge dem Gläubiger gewährt wird, erteilt diesem folgende Rechte:

- › Der Schuldner kann den Gegenstand ohne die Erlaubnis des Gläubigers nicht verkaufen.
- › Der Gläubiger kann den Gegenstand verkaufen, wenn der Schuldner seinen Zahlungspflichten nicht nachkommt.
- › Der Schuldner muss den Gegenstand in einem ordnungsgemäßen Zustand halten, solange dieser in seinem Besitz ist.

Der Gläubiger kann den Verkaufserlös des Gegenstands in der Rangordnung der anderen Gläubiger zur Tilgung der Schulden nutzen. Daher ist bedeutsam, dass der Gläubiger Kontrolle über den besicherten Gegenstand hat und den Schuldner daran hindert, diesen zu verkaufen. Hierfür ist es äußerst wichtig, dass der Vertrag die einzelnen Gegenstände, die besichert sind, auflistet, so dass diese einfach zu identifizieren sind.

Es gibt viele Gerichtsentscheidungen, die den Unterschied zwischen floating und fixed charges erörtern.

#### › Schwebende Sicherungen – Floating Charges

Während fixed charges von allen gewährt werden können, können floating charges nur die Folgenden zu gestehen: Unternehmen, LLPs, und bei bestimmten Gegenständen auch Landwirte.

Floating charges sind keine Besicherungen bestimmter Gegenstände, sondern einer bestimmten Klasse an Gegenständen, welche während der Geschäftstätigkeit des Schuldners wechseln. Ein Supermarkt ist hierfür ein gutes Beispiel. Ein Gläubiger könnte die Lebensmittel besichern, welche im Geschäft zum Verkauf stehen. Da diese in der täglichen Geschäftsausübung des Schuldners wechseln, hat der Gläubiger keine Kontrolle über diese Gegenstände, sondern besichert diese als eine schwebende Sicherung (floating charge).

Diese Art der Besicherung bietet dem Schuldner viel Flexibilität, denn er kann ohne die Erlaubnis des Gläubigers die besicherten Gegenstände in seiner Geschäftstätigkeit verkaufen. Allerdings könnte es für einen Gläubiger problematisch sein, den Schuldner daran zu hindern, seine Besicherung zu verkaufen, so dass, falls der Schuldner seinen Zahlungspflichten nicht nachkommt, genügend Vermögenswert vorhanden ist, um die Schulden tilgen zu können.

Aus diesem Grund bevorzugen die meisten Gläubiger die Besicherung ihrer Forderungen durch eine fixed charge. In bestimmten Situationen (wie z. B. wenn ein Liquidationsantrag bewilligt wird) werden floating charges zu fixed charges. Dies nennt man die Kristallisierung einer floating charge (crystallisation of a floating charge). Durch floating charges kann ein Gläubiger alle gegenwärtigen

und künftigen Gegenstände besichern. Daher sind sie eine beliebte Form der Besicherung.

In der Insolvenz spielt es hinsichtlich der Rangordnung der Gläubiger eine entscheidende Rolle, ob ein Gläubiger seine Forderung durch eine fixed oder floating charge besichert hat. Demnach wird ein Gläubiger mit einer fixed charge Besicherung vor einem durch eine floating charge besicherten Gläubiger ausbezahlt.

## Hypothek – mortgage

In England wird der Begriff der Hypothek weiter gefasst als in Deutschland. Durch eine Hypothek wird das Eigentum eines Gegenstandes bis zur Erfüllung bestimmter Pflichten als Sicherheit an eine Drittperson übertragen. Sobald die Pflichten erfüllt sind, wird das Eigentum wieder dem Eigentümer übertragen. Der Unterschied zwischen einer Hypothek und einem direkten Verkauf und Rückkauf ist, dass sie lediglich der Sicherstellung der Erfüllung der Pflichten dient. Ein Gläubiger kann somit ggf. den Gegenstand verkaufen und einen Schuldner an dem Verkauf des Gegenstands hindern.

Eine Hypothek ist eine erweiterte Form der Sicherung, denn durch sie werden dem Gläubiger Rechte erteilt, welche durch die Übertragung des Eigentumsrechts bekräftigt wird. Der Besitz des gesicherten Gegenstands ist nicht erforderlich. Hypotheken können materielle und immaterielle Gegenstände besichern.

Nach englischem Recht gibt es zwei Arten von Hypotheken, die Legal mortgage und die Equitable mortgage. Die Legal mortgage ist die sicherste und umfassendste Form des Sicherheitsinteresses. Das Eigentumsrecht wird an den Gläubiger übertragen und verhindert, dass der Schuldner den besicherten Gegenstand verkauft. Die Formalitäten bzgl. der Besicherung durch eine Hypothek müssen eingehalten werden.

Wenn eine Hypothek eine Immobilie oder Land betrifft, muss der Vertrag die Form eines „Deed“ annehmen. Die Form der Besicherung von beweglichen Gütern (chattels) ist nicht strikt vorgegeben, jedoch muss diese in Form eines gültigen

Vertrags vorliegen und die Parteien müssen die Absicht haben, eine legal mortgage zu erschaffen. Weiterhin gibt es viele andere Anforderungen, welche erfüllt werden müssen, um eine legal mortgage einwandfrei vertraglich festhalten zu können.

Bei einer Equitable mortgage wird nicht das Eigentumsrecht, sondern das wirtschaftliche Eigentum (beneficial title) übertragen. Es muss nachgewiesen werden, dass der Schuldner dem Gläubiger das wirtschaftliche Eigentum (beneficial title) zu übertragen beabsichtigt. Die Gegenstände müssen diesbezüglich eindeutig identifizierbar sein. Eine equitable mortgage kommt dann zustande, wenn die Formalien für eine Legal mortgage nicht eingehalten wurden, die Parteien einen Vertrag bzgl. einer Legal mortgage, die in der Zukunft abgeschlossen werden soll, abgeschlossen haben oder der Gegenstand selbst nur durch eine Equitable mortgage und nicht durch eine Legal mortgage besichert werden kann.

## Garantien – guarantees

Garantien werden oft von Drittpersonen wie z.B. Geschäftsführern eingeholt. Hierzu gibt es einiges zu beachten und es ist ratsam, sich vorab rechtlich zu informieren, ob eine Garantie durch eine Drittperson in einzelnen Fällen geeignet ist.

## Quasi Forderungssicherungen

Andere Formen der Forderungssicherung (quasi-security) wären beispielsweise vertraglich festgelegte Negativerklärungen (negative pledges), Finanzierungsleasing (finance leasing), sale-and-leaseback Transaktionen und Eigentumsvorbehaltsklauseln.

## Was ist zu beachten?

Nach englischem Recht ist es unter anderem besonders wichtig, auf die folgenden Gegebenheiten zu achten:

- › Ordnungsgemäßes Zustandekommen des Vertrags (Angebot, Annahme, Gegenleistung, Rechtsbindungswille)
- › Schließung in der ordentlichen Form (Vertrag oder Deed)
- › Besicherung eventueller Gegenstände (wichtig: wem gehören diese?)

Abschließend wäre zu sagen, dass die rechtmäßige Ausführung der Forderungssicherung eine wichtige Rolle spielt, vor allem, wenn das Unternehmen insolvent ist oder dadurch insolvent wird. Bei nicht ordnungsgemäßer, vertraglicher Festlegung solcher Besicherungen könnte es sein, dass ein Gläubiger keinen Anspruch auf die besicherten Güter hat und als unbesicherter Gläubiger angesehen wird.

Dies birgt das Risiko in sich, dass der Gläubiger sein Darlehen entweder gar nicht oder nur zum Teil zurück bekommt. Falls der Schuldner ein insolventes Unternehmen ist, könnte es auch sein, dass ein Insolvenzverwalter die Besicherung bestreitet und diese gerichtlich anfechtet. Da es viele rechtliche Aspekte bei der Besicherung von Forderungssicherung zu beachten gibt, ist es ratsam, sich umfassend und professionell beraten zu lassen, bevor man solche Verträge abschließt.

## Forderungsdurchsetzung – enforcement of security

Sicherheiten können von Privatpersonen und Unternehmen durchgesetzt werden. Der Fokus hier wird auf die Forderungsdurchsetzung gegen Unternehmen gelegt.

Bevor eine Forderungsdurchsetzung eingeleitet wird, sollte ein Gläubiger gut überlegen, welche Konsequenzen dies für einen Schuldner hat und ob es nicht andere Wege gibt, die es dem Schuldner ermöglichen, seine Schulden zurück zu zahlen. Forderungsdurchsetzungen werden normalerweise als letztes Mittel (last resort) angesehen.

Es ist wichtig, dass ein Gläubiger die finanzielle Lage des Schuldners nachvollziehen kann. Hierzu sollte auch der Vertrag zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner dahingehend genau geprüft werden, ob dieser ordnungsgemäß abgeschlossen wurde und die Sicherheiten, welche der Gläubiger dadurch erhalten hat, ordnungsgemäß registriert wurden. Auch sollten jegliche Klauseln, die es einem Gläubiger ermöglichen, eine Forderungsdurchsetzung einzuleiten, dahingehend genau geprüft werden, ob gewisse Situationen gegeben sind, die diese rechtfertigen.

Bei Zahlungsverzug oder Bekanntwerden von Zahlungsschwierigkeiten des Schuldners (auch bekannt als „Event of Default“) kann ein Gläubiger, sofern dies vertraglich geregelt ist:

- › dem Schuldner jegliche Verpflichtungen kündigen,
- › die Rückzahlung seiner Schulden verlangen und
- › seine Sicherheiten durchsetzen.

Jedoch muss ein Gläubiger seine Vertragsrechte nicht zwingend durchsetzen. Er kann auch auf diese für einen bestimmten Zeitraum verzichten („waiver“). Dies ermöglicht dem Schuldner, seinen Zahlungspflichten evtl. nachkommen zu können.

### **Eine solche Entscheidung wird häufig unter Berücksichtigung der folgenden Punkte getroffen:**

- › Kann der Schuldner momentan nicht zahlen oder ist die Zahlungsunfähigkeit bereits so weit fortgeschritten, dass er seine Geschäftstätigkeiten nicht mehr ausführen kann?
- › Wie ist die Geschäftsbeziehung zum Schuldner
- › Wie sind die allgemeinen Marktbedingungen

Es ist wichtig, wenn ein „Event of Default“ vorliegt, der Gläubiger seine Optionen genau prüft und dann in einem angemessenen Zeitraum handelt. Tut er dies nicht, könnte ein Schuldner argumentieren, dass der Gläubiger auf sein Recht verzichtet hat (waiver).

### **Welche Rechte hat ein Gläubiger bzgl. Forderungsdurchsetzungen?**

Wenn ein Gläubiger die Entscheidung getroffen hat, seine Sicherheit durchzusetzen, sollte zuerst geprüft werden, ob seine Forderungssicherung angemessen vertraglich abgeschlossen wurde und auch, ob anderen Bestimmungen, wie z. B. das Registrieren bestimmter Sicherungen, angemessen Folge geleistet wurde. Häufig wendet sich ein Gläubiger an einen Insolvenzexperten (Insolvency Practitioner), der ihm einen Bericht über die finanzielle Lage des Schuldners zukommen lässt. Dies ermöglicht es dem Gläubiger, eine Entscheidung bzgl. der Einleitung der Forderungsdurchsetzung treffen zu können.

Wichtig wäre auch zu wissen, welche Forderungsdurchsetzungsform für die jeweilige Sicherheit in Anspruch genommen werden soll. Hierzu ist der Vertrag zwischen

den Parteien dahingehend genau zu prüfen, ob es gesetzliche Anforderungen bzgl. der Durchsetzungsform bestimmter Sicherheiten gibt.

Wenn der Vertrag zwischen den Parteien nicht vorgibt, in welcher Form die Forderungsdurchsetzung zu erfolgen hat und auch keine bestimmten gesetzlichen Anforderungen bezüglich der Sicherheiten existieren, gibt es nach dem Common Law und bestimmten relevanten gesetzlichen Rechten (statutory rights) einige Formen der Forderungsdurchsetzung, welche man in Anspruch nehmen kann.

## **Forderungsdurchsetzungen können unter anderem die nachstehenden Formen annehmen:**

- › Übernahme des besicherten Gegenstands (possession of the secured asset)
- › Verkauf des besicherten Gegenstands (power of sale)
- › Bestellung eines Insolvenzverwalters (appointment of an administrator or administrative receiver or receiver)

Des Weiteren ist es wichtig zu prüfen, ob es Einschränkungen bezüglich der Forderungsdurchsetzung gibt, wie z. B. Gläubigervereinbarungen (intercreditor agreements), die eine Durchsetzung nicht gestatten oder diesbezüglich bestimmte Vorschriften vorgeben.

Auch sollte sich ein Gläubiger ein Bild von der derzeitigen finanziellen Lage des Schuldners machen, insbesondere darüber, ob sich dieser schon in der Insolvenz befindet und ob ein Vermögensverwalter (administrator) bestellt wurde. Wenn das letztere der Fall ist, d. h. das Unternehmen befindet sich in Administration, kann die Durchsetzung der Sicherheiten nicht eingeleitet werden, bis die Phase des Moratoriums abgelaufen ist.

Ein Gläubiger sollte sich auch darüber im Klaren sein, dass ein Vermögensverwalter jegliche Transaktionen des Unternehmens, die in einem bestimmten Zeitraum stattgefunden haben, prüfen und auch gerichtlich anfechten kann.

## **Die folgenden Transaktionen können z. B. angefochten werden:**

- › Präferenz (preferences)
- › Verfügungen unter Wert (transactions at an undervalue)
- › Unwirksame schwebende Sicherheiten (invalid floating charge)

## **Wann kann ein Gläubiger seine Sicherheit durchsetzen?**

Bevor eine Forderungsdurchsetzung erfolgen kann, sollte der Gläubiger dem Schuldner eine schriftliche Zahlungsaufforderung zukommen lassen. Dies ist besonders wichtig, wenn Forderungsdurchsetzungen auf Common Law basieren. In diesem Fall ist eine Durchsetzung häufig nur dann möglich, wenn Verbindlichkeiten fällig werden. Dem Schuldner muss hierzu ein angemessener Zeitraum eingeräumt werden, um seine Schulden zahlen zu können. In eindeutigen Fällen, in denen der Schuldner zahlungsunfähig ist, kann dieser Zeitraum kurz sein.

Sobald dem Schuldner eine Zahlungsaufforderung zugestellt wurde und der angemessene Zeitraum zur Rückzahlung der Schulden abgelaufen ist, kann der Gläubiger, sofern es keine anderen Einwände gibt, seine Sicherheiten durchsetzen. Die Durchsetzung der Sicherheiten in den einzelnen Fällen sollte sowohl vertraglich als auch im Hinblick auf den finanziellen Status des Schuldners ausreichend geprüft werden. Welche Forderungsdurchsetzungsform angemessen und rechtlich zulässig ist, sollte mit einem Rechtsanwalt besprochen werden.

## **Forderungsdurchsetzung in der Insolvenz**

Es gibt verschiedene Arten von Forderungsdurchsetzungen in der Insolvenz. Diese sind sowohl von der Situation, in welcher sich die Parteien befinden, als auch davon abhängig, ob es sich bei dem Schuldner um eine Privatperson oder ein Unternehmen handelt

## **Gesetzliche Zahlungsaufforderung – der Statutory Demand**

Um ein Insolvenzverfahren gegen ein verschuldetes Unternehmen oder eine Privatperson einzuleiten, muss ein Gläubiger nachweisen, dass das Unternehmen bzw.



die Privatperson insolvent ist und seinen bzw. ihren finanziellen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Dem Schuldner kann dann ein „Statutory Demand“ zugestellt werden, wenn dem Gläubiger ein unbesicherter Mindestbetrag von 750 Pfund geschuldet wird. Oft bewirkt bereits die Zustellung eines „Statutory Demand“ die gewünschte Wirkung, dass der Schuldner der Zahlungsaufforderung nachkommt. Der Schuldner hat nach Zustellung des „Statutory Demand“ die Wahl, Folge zu leisten oder aber die Forderung zu bestreiten. Nachdem die Frist von 21 Tagen verstrichen ist, kann der Gläubiger einen Liquidationsantrag gegen ein Unternehmen (Winding up petition) oder eine Privatperson (Bankruptcy petition) stellen und somit das Insolvenzverfahren gegen den Schuldner einleiten.

Eine Alternative zum Statutory Demand ist die Zustellung einer informellen Zahlungsaufforderung an den Schuldner.

## Liquidationsantrag gegen ein Unternehmen – Winding up petition

Ein begründeter Liquidationsantrag kann vom Gläubiger beim Gericht gestellt werden, wenn die Verbindlichkeit unbestritten ist. Der Insolvency Act 1986 normiert Gründe, die einen Liquidationsantrag begründen können.

### **Dies sind beispielsweise:**

- › Nichterfüllung eines „Statutory Demand“
- › Ein nicht vollstrecktes Urteil
- › Andere Beweise, die darauf hindeuten, dass das verschuldete Unternehmen seinen Zahlungsforderungen bei Fälligkeit nicht nachkommen kann, auch bekannt als „just and reasonable ground“
- › Beweise, dass das Unternehmen „bilanzinsolvent“ ist, d. h. die Vermögenswerte im Unternehmen können die Verbindlichkeiten nicht decken

Das Gericht legt dann einen Termin für eine Gerichtsverhandlung fest. Der bewilligte Liquidationsantrag wird dem Schuldner an die im Handelsregister eingetragene Adresse zugestellt. Nach Erhalt kann der Schuldner die Forderung bestreiten oder

seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Gläubiger begleichen. Der Gläubiger muss den Termin der Gerichtsverhandlung und den Namen des Schuldners innerhalb eines bestimmten Zeitraums in der London Gazette veröffentlichen.

Eine solche Veröffentlichung hat eine verheerende Auswirkung auf den Ruf des Schuldners und macht es unmöglich, das Unternehmen weiterhin zu führen. Beispielsweise werden die Konten des Schuldners dann eingefroren.

### Optionen des Schuldners während des Insolvenzverfahrens

#### Der Schuldner hat nach Antragsstellung mehrere Optionen:

1. Begleichung der Verbindlichkeit gegenüber dem antragsstellenden Gläubiger und Antrag an das Gericht, den Liquidationsantrag nicht weiter zu verfolgen. Dies ist jedoch nur möglich, soweit keine anderen Gläubiger ihre Forderungen geltend machen.
2. Der Schuldner kann die Unterlassung der Veröffentlichung in der London Gazette mit der Begründung beantragen, dass die Schulden bestritten werden.
3. Der Schuldner kann die „Winding up petition“ anfechten.

Die überwiegende Mehrzahl der Insolvenzanträge wird nicht angefochten, und es läuft entweder auf die Zahlung der Schulden oder der tatsächlichen Feststellung der Insolvenz des Schuldners hinaus.

### Konsequenzen eines erfolgreichen Liquidationsantrags

Stellt das Gericht die Insolvenz fest, wird von ihm ein Insolvenzverwalter bestellt, der die geschäftlichen Angelegenheiten des Unternehmens prüft. Allerdings kann der Insolvenzverwalter durch einen privaten Insolvenzverwalter ersetzt werden, falls die Mehrzahl der Gläubiger dem zustimmt.

## Untersuchung des Unternehmensvermögens und der getätigten Transaktionen

Der Insolvency Act 1986 bietet Behelfe, unter denen Transaktionen, die vor oder während der Insolvenz eines Unternehmens getätigt wurden, untersucht und angefochten werden können.

### Die folgenden Transaktionen können z. B. untersucht werden:

- › Verfügungen unter Wert (transactions at an undervalue)
- › Präferenz (preferences)
- › Unterschlagungshandlungen/Betrugshandlungen gegen Gläubiger unter Section 423 Insolvency Act 1986 (transactions defrauding creditors)
- › Außerordentliche Verfügungen (extortionate credit transactions)
- › Betrügerischer Handel (fraudulent trading)
- › Unrechtmäßiger Handel (wrongful trading)
- › Missbrauch durch Geschäftsführer sowie Untreue von Geschäftsführern, (misfeasance or breach of trust by directors e. g. diversion of company contracts or payments to himself)

## Privatinsolvenzverfahren in England – Bankruptcy Petition

Das Insolvenzverfahren einer Privatperson wird in England mit einer sogenannten bankruptcy petition (Insolvenzantrag) durch einen Gläubiger oder durch die verschuldete Privatperson selbst eröffnet. Nach einer Einleitung des Privatinsolvenzverfahrens entscheidet das Gericht, ob eine Feststellung der Privatinsolvenz (bankruptcy order) zu Gunsten des Schuldners erlassen werden soll. Das Gericht entscheidet dies üblicherweise innerhalb von 6 - 8 Wochen nach Stellung eines Insolvenzantrags. Hierzu werden sowohl die vorgetragenen Beweismittel als auch die Einwände des Gläubigers abgewogen. Im Falle der Feststellung der Privatinsolvenz wird ein staatlicher Konkursverwalter beauftragt und eine Sitzung mit den Gläubigern anberaumt.

Abhängig vom Vermögen des Schuldners wird ein privater Treuhänder (trustee in bankruptcy) bestellt, der das Vermögen verwaltet. In einem unkomplizierten

Privatinsolvenzverfahren, d. h. in einem Verfahren, in dem der Schuldner kooperiert und sich rechtmäßig verhält und keine Einwände der Gläubiger bestehen, erlangt der Schuldner automatisch nach einem Jahr, ggf. schon früher, die Restschuldbefreiung.

## Grenzüberschreitende Insolvenzverfahren

In einem grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren muss z. B. ein deutscher Insolvenzflüchtling nachweisen, dass der Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Tätigkeit (Center of main interest oder Lebensmittelpunkt) in England liegt, und er seit mindestens 6 Monaten vor Antragsstellung in England ansässig war.

Es gibt mittlerweile spezialisierte Unternehmen, die ausländischen Schuldnern ihre Dienstleistungen hierzu anbieten. Gerichte in Nordirland, England und Wales beobachten seit geraumer Zeit einen Trend, bei dem sich deutsche Staatsangehörige von einem englischen Richter als zahlungsunfähig (bankrupt) erklären lassen. Während in Deutschland mit einer Verfahrensdauer von 6 Jahren bis zur Erlangung der Restschuldbefreiung zu rechnen ist, tritt in England diese bereits nach einem Jahr ein. Eine Restschuldbefreiung ist auch schon früher möglich, wenn der Konkursverwalter dies für angemessen hält.

## Partnerschaften und Joint Ventures

Partnerschaften haben keinen Corporate Veil; somit können bestimmte Forderungssicherungen von den einzelnen Partnern erteilt werden. Das kann bei einer Forderungsdurchsetzung gegen die Partner eventuell dazu führen, dass ein Liquidationsantrag (bankruptcy petition) gegen die Einzelperson eingeleitet wird und nicht gegen die Partnerschaft selbst.

Joint Ventures sind keine eigenständigen Unternehmen, es sei denn, die Unternehmen, die ein Joint Venture beschließen, gründen hierfür ein selbstständiges Unternehmen. Dazu müsste der Joint Venture Vertrag dahingehend geprüft werden, wie die Unternehmen haften und auch, in welcher Gesellschaftsform sie agieren und welche Forderungssicherungen erteilt werden können.

## Öffentliche Ausschreibungen

Wie auch in Deutschland gibt es in Großbritannien gewisse Richtlinien und Schritte zu befolgen, wenn man am Verfahren einer öffentlichen Ausschreibung teilnimmt.

Die Ausgaben des öffentlichen Sektors betragen ca. 40 % des Bruttosozialprodukts. Zudem gibt der Staat ca. 13 Milliarden Pfund jährlich für Waren und Dienstleistungen aus.

### **Nachstehend ist ein Kurzüberblick des Verfahrensverlaufs öffentlicher Ausschreibungen zu finden:**

- › Ziele des öffentlichen Sektors werden präzise beschrieben, der Bedarf geklärt und der Geschäftsfall vorbereitet. Das Beschäftigungsverfahren wird dann unter Berücksichtigung der Marktkonditionen, der jeweiligen Gesetzgebung und der eigenen internen Verfahrensrichtlinien des öffentlichen Sektors eingeleitet.
- › Die potenziellen Lieferanten werden eingeladen, ihr Angebot (Tender) zu unterbreiten. In einigen Fällen können auch Präqualifikationen verlangt werden. Jegliche Informationen bzgl. des finanziellen Status des Unternehmens müssen offen gelegt werden.
- › Danach werden die Angebote (Tenders) unter Berücksichtigung bestimmter Standards ausgewertet.
- › Der Lieferant mit dem geeignetsten Angebot erhält den Zuschlag.
- › Die Vertragsparteien kooperieren mit allen Beteiligten, um das Projekt erfolgreich umsetzen zu können.
- › Der Vertrag wird somit umgesetzt und der öffentliche Sektor prüft und überwacht die Leistung des Lieferanten.
- › Der Bedarf für die Ausschreibung wird regelmäßig überprüft und ggf. neu ausgeschrieben.

**Grundsätzlich sollte man die folgenden Punkte beachten:**

### **Fristen**

Im Laufe des Verfahrens werden Informationen verlangt, welche zu einem bestimmten Datum eingereicht werden müssen. Es ist äußerst wichtig, Fristen einzuhalten und ggf. nachzufragen, ob die Informationen fristgerecht erhalten wurden.

### **Kosten**

Kosten müssen für einen Kostenvoranschlag exakt kalkuliert werden, um eventuellen Verlusten vorzubeugen und zusätzliche Kosten mit einplanen zu können. Solche zusätzlichen Kosten wären z. B. in London die Congestion Charge, Parkgebühren, Hotel- und Reisekosten.

### **Ausschreibungen**

Ausschreibungen des öffentlichen Sektors findet man auf bestimmten Internetseiten, bei denen man sich registrieren muss, in den Handelszeitschriften, der Wirtschaftszeitung und im Official Journal of the European Union.



## Ihre Ansprechpartner

---

### In Großbritannien Birmingham

170 Edmund Street  
Birmingham B3 2HB

Tel.: +44(0) 12 12 27 89–50  
Fax: +44(0) 12 12 27 89–99  
E-Mail: [birmingham@roedl.pro](mailto:birmingham@roedl.pro)

### für die **Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung**

**Hans-Peter Raible**

[hans-peter.raible@roedl.pro](mailto:hans-peter.raible@roedl.pro)

### **Rechtsberatung**

**Jan Eberhardt**

[jan.eberhardt@roedl.pro](mailto:jan.eberhardt@roedl.pro)

### In Deutschland Eschborn

**Dr. José Campos Nave**

Taunus-Tower  
Mergenthalerallee 73/75  
65760 Eschborn

Tel.: +49(61 96) 7 61 14–702

Fax: +49(61 96) 7 61 14–704

E-Mail: [jose.campos-nave@roedl.de](mailto:jose.campos-nave@roedl.de)





Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen der Rechtslage übernehmen die Autoren und die Herausgeber keine Gewähr.



„Jeder Einzelne zählt“ – bei den Castellers und bei uns.

Menschtürme symbolisieren in einzigartiger Weise die Unternehmenskultur von Rödl & Partner. Sie verkörpern unsere Philosophie von Zusammenhalt, Gleichgewicht, Mut und Mannschaftsgeist. Sie veranschaulichen das Wachstum aus eigener Kraft, das Rödl & Partner zu dem gemacht hat, was es heute ist.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (Kraft, Balance, Mut und Verstand) ist der katalanische Wahlspruch aller Castellers und beschreibt deren Grundwerte sehr pointiert. Das gefällt uns und entspricht unserer Mentalität. Deshalb ist Rödl & Partner eine Kooperation mit Repräsentanten dieser langen Tradition der Menschtürme, den Castellers de Barcelona, im Mai 2011 eingegangen. Der Verein aus Barcelona verkörpert neben vielen anderen dieses immaterielle Kulturerbe.

## Rödl & Partner

Äußere Sulzbacher Straße 100  
90491 Nürnberg

Tel.: +49(911)9193-0

Fax: +49(911)9193-1900

E-Mail: [info@roedl.de](mailto:info@roedl.de)

[www.roedl.de](http://www.roedl.de)